

Bezugspreise:
Deutschl. 4.- M., monatl. 2.- M.
für das Jahr, voraus zahlend.
Postbezugspreis 4.- M., inkl.
Postgebühren.
Unter Postumschlag für
Deutschland und Österreich-Ungarn
4.25 M., für das übrige Ausland
10.25 M., bei täglich einmaliger
Lieferung 4.25 M.
Postbestellungen nehmen an
Dänemark, Holland, Luxemburg,
Schweden u. die Schweiz, Eingetragene
in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die oberste Reihe Komparativpreis
betragt 1.50 M. „kleine Anzeigen“,
das letzte Blatt des 10. Bl. (auflösende
Anzeige) 1.00 M., jedes weitere
Blatt 10 Pf.
Stellungsgebühren des ersten
Blatts 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.
Wochentage über 15 Buchstaben zahlen für
ein Wort.
Freiungsgeld 50 Pf.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Verleumdungen
1.50 M. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW 6, Lindenstr. 3, abgegeben
werden.
Eröffnet von 8 Uhr früh bis
8 Uhr abends.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 4. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Aufruf an die Sold-Truppen.

Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den
noch im Baltikum stehenden Truppenverbänden ange-
hören, folgenden Aufruf erlassen, der durch Korpsbefehl
allgemein bekanntgegeben wird:

Soldaten! Ihr habt die letzte Note der Entente
wegen der Räumung des Baltikums gelesen. Darin wird dem
deutschen Volk mit erneuter Blockade, mit der Sper-
rung aller Kredite, mit der Verweigerung der Roh-
stoffzufuhr gedroht. Die militärischen Kreise der Entente
drängen zu erneutem Vormarsch, der die Befreiung Frank-
reichs bringen soll. Führende französische Blätter wie der
„Temps“ verlangen die Inbesitznahme des Ruhrgebiets.

Und alles das, weil ein Teil der Deutschen in den balti-
schen Freiwilligenkorps das fremde Land nicht ver-
lassen will, weil sie entgegen den Befehlen der Regierung
dort bleiben, obwohl durch diesen verbrecherischen Eigensinn
die höchste Gefahr entsteht, daß in Deutschland Millionen ar-
beitslos werden, das Geld noch höher steigt und schließlich
die mühsam verhinderte Hungersnot jetzt, ehe der Winter
anfangt, doch noch ausbricht, nicht allein auf Veranlassung
der Entente, sondern durch die Schorsamsverweige-
rung der eigenen Landprodukte. Tausende gefährden
Leben und Gedächtnis von 60 Millionen. Am 20. Oktober, so
melden die „Times“, beginnt der militärische Vormarsch, am
1. November erfolgt die erneute Verhängung der Blockade.

Die Reichsregierung wendet sich zum letzten Male
direkt an das Gewissen und das landsmannschaftliche Gefühl
der deutschen Soldaten im Baltikum. Sie hat nie verkannt,
daß die deutschen Soldaten sich zu Bedingungen anwerben
ließen, die nicht gehalten worden sind. Sie verneint und
hat das auch der Entente gegenüber zum Ausdruck ge-
bracht, daß darüber unter ihnen Unwillen und Empörung
herrscht. Aber jetzt steht unendlich Höheres auf dem
Spiel. Ein Volk verhungert, der Rest eines Volks-
vermögens verkommt, wenn im Laufe dieses Monats die
deutschen Truppen nicht aus dem Baltikum abziehen.

Wer sich nicht mit Schuldig am Ruin des eigenen
Volkes machen will, der füge sich dieser eisernen Notwendig-
keit, der folge dem Befehle der Regierung, der lehre aus dem
Laude zurück, in dem die deutschen Soldaten nichts mehr ver-

loren haben. Die Regierung kann und darf im Interesse
Deutschlands keinen Zweifel daran lassen, daß sie jedes ihr zu
Gebote stehende Mittel anwenden wird, um die Räumung
des Baltikums zu erzwingen. Aber sie hofft, dieser
Appell werde genügen, um den deutschen Soldaten zu zeigen,
daß es jetzt nicht mehr um die eigene Haut und das eigene
Interesse des einzelnen geht, sondern um das ganze Volk!
Die Gegner haben die Blockade aufgehoben! In Euch ist es,
zu verhindern, daß die Blockade, die mörderischer in unseren
Reihen gehaust hat als alle anderen Kriegswaffen, wieder
verhängt wird.

Folget dem Befehle zur Heimkehr!

Berlin, den 3. Oktober 1919.

Der Reichskanzler: gez. Bauer.

Die Reichsregierung:

Beck, Dr. David, Erzberger, Giesberts, Dr. Mayer, Müller,
Roske, Schlade, Schmidt.

Die „Freiheit“ legt in ihrer Abendausgabe vom 3. Ok-
tober den Versuch fort, die Reichsregierung im Ausland zu
diskreditieren. Sie schreibt, daß Roske geäußert haben soll,
daß er nichts Schnlicher wünsche, als daß die noch im Balti-
kum sich befindenden deutschen Truppen samt und sonderst in
die russische Armee übertreten, da er ihrer sonst nicht
mehr Herr wäre. Daneben bringt sie ein Schauermärchen
über die Bewaffnung der Einwohnerwehren als zuverlässiges
Organ der „gegenrevolutionären“ Bestrebungen.

Demgegenüber wird festgestellt:

1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen
wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen
im Baltikum erlassen, daß der Uebertritt der Sol-
daten zu den Russen streng verboten ist und daß die zurzeit
bei den russischen Truppen sich befindenden Reichsdeutschen
nach Deutschland zurückkehren haben.

2. Die Einwohnerwehren, die lediglich Volksei-
zwecken dienen, sind nur insoweit bewaffnet, als dies der
Polizeidienst erfordert. Die Behauptung, alle unsere Waffen-
vorräte seien auf die Einwohnerwehr verteilt, ist eine ebenso
haltlose wie durchsichtige Verleumdung.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehende
deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehal-
tener Personen und die Gewährung von Straffreiheit geht
in seiner Fassung zunächst von dem Gedanken aus, daß die Par-
teien den Wunsch haben, die Verhandlungen zwischen Deutschland
und Polen aus Anlaß des Friedensvertrages im Geiste der Ver-
ständigung und des wechselseitigen Entgegenkommens
zu führen.

Der erste Teil des Vertrages verfügt die Freigabe aller aus
Anlaß der polnischen Bewegung mit der Waffe in der
Hand gefangen genommenen, internierten und als Geiseln oder
Schutzhäftlinge festgenommenen Personen, wobei sich Polen
verpflichtet, alle von ihm etwa noch festgehaltenen deutschen
Heeresangehörigen zu entlassen.

Die eigentliche Amnestie gewährt volle Straffreiheit
für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages in den Abtretungs-
und Abstrittungsgebieten begangene gerichtlich oder diszi-
plinär strafbare Handlungen, die auf eine militärische,
politische oder nationale Betätigung zugunsten des anderen Teils
zurückzuführen sind.

Volle Straffreiheit wird weiter gewährt für alle mit der pol-
nischen Bewegung in Zusammenhang stehende, vor dem Inkraft-
treten des Vertrages begangene Zuwiderhandlungen gegen Anord-
nungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und
Ordnung.

Weitere Bestimmungen regeln die Rückkehr der Am-
nestierten in ihre bisherigen Wohnsitz und die Behandlung,
die ihnen dort durch die Behörden gewährt wird.

Schließlich steht der Vertrag zum Vollzuge und zur Auslegung
des Vertrages die Aufstellung gemischter Kommissionen
und eines neutral geleiteten Schiedsgerichts vor.

Ferner ist polnischerseits zugestanden worden, daß bis zur
Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehun-
gen deutsche Vertreter in Polen und anderen noch zu
vereinbarenden Orten jenseits der Demarkationslinie für die Ver-
mittlung des Verkehrs und für die Wahrnehmung der Interessen
der deutschen Reichsangehörigen zugelassen werden. Freies Geleit
und ungehindertes Verkehre mit den deutschen Behörden wird diesen
Vertretern zugesichert.

Endlich wird deutscherseits den Vertretern des polnischen
Roten Kreuzes die ungehinderte Ausübung charitativer
Tätigkeit zugesprochen.

Deutschland auf der Internationalen
Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 3. Oktober. Das Bureau des Internatio-
nalen Gewerkschaftsbundes, der gestern und heute in
Amsterdam seine monatliche Zusammenkunft abhielt, beschloß,
die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften zu ermäch-
tigen, für die Ende dieses Monats in Washington stattfindende
Arbeiterkonferenz Delegierte anzuschicken. Dieser Beschluß
wurde auf Grund der Tatsache gefaßt, daß durch den General-
sekretär der Friedenskonferenz dem Bureau eine offizielle
Erklärung überreicht wurde, in der mitgeteilt wird, daß die Chefs
der deutschen und der österreichischen Delegation in Versailles am
30. September in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Obersten
Kriegsrats vom 18. September davon verständigt wurden, daß die
Delegierten Deutschlands und Österreichs an der Internationalen
Arbeiterkonferenz in Washington teilnehmen können. Außer-
dem wurde den stellvertretenden Vorsitzenden Jouhaux und
Martens von der französischen bzw. belgischen Regierung er-
klärt, daß alle Delegierten Deutschlands und Österreichs auf der
Konferenz dieselben Rechte haben, wie die Delegierten der anderen
Länder. Außerdem steht jetzt bereits fest, daß für die von den acht
wichtigsten industriellen Nationen zu bezeichnenden Komitee in der
Leitung des Internationalen Arbeiterbureaus ein Vertreter
Deutschlands in Frage kommt. Da damit den Forderungen
des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam ent-
sprochen worden ist, glaubt das Bureau des internationalen Arbeits-
bundes der Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington seine
energische Mitarbeit nicht länger entziehen zu dürfen.

Die Ratifikation durch Italien.

Paris, 3. Oktober. Nach „Echo de Paris“ wurde die franzö-
sische Regierung auf die in Rom unternommenen Schritte hin be-
nachrichtigt, daß die italienische Regierung beschlossen habe, die Rati-
fikation des Friedensvertrages auf dem Wege eines künftigen
Dekretes zu vollziehen.

Ergebnislose Verhandlungen in Hamburg.

Von 77 Fischdampfern befinden sich gegenwärtig zwei auf
Fahrt. Alle anderen liegen still. Die Lage ist unverän-
dert. Täglich finden Verhandlungen statt, ohne daß
bisher ein erprobliches Ergebnis erzielt worden wäre.

Akkord-, Prämien- oder
Zeitlohnarbeit?

Um die gegenwärtig zum Teil herrschende Arbeitsunlust
und geringe Leistungsfähigkeit nicht zu bekämpfen, sondern an
sich zu beheben, sind die Mittel und Wege ungangbar, die in
der Vergangenheit angewandt worden sind. Eine Freude des
Arbeiters an seinem Schaffen in bezug auf Qualität und
Quantität wird mit größerer Wahrscheinlichkeit zu erreichen
sein, wenn man ihn nicht allein an der Erzeugung innerlich
teilnehmen läßt, sondern ihm auch ein in Klar und Prägnanz
ausgedrücktes Interesse daran gibt.

Die früher geübte Akkordarbeit darf durch die Zeit-
lohnarbeit als überwunden betrachtet werden. Außerdem hat
diese Methode den Nachteil gehabt, daß sie an sich bereits
fleißigen oder begabten Arbeitern wohl einen höheren Ver-
dienst sicherte, dagegen wurde auf die allgemeine
Leistung aller Köpfe der Belegschaft der entsprechende
Anreiz nicht ausgeübt.

Die Möglichkeit, zu höheren Erzeugungsleistungen zu
kommen, die nicht allein ein als Mittel anzusehendes Niveau
erreichen, sondern darüber hinausgefallen, wird dann ge-
geben sein, wenn die gesamte Belegschaft, wohl in Einzel-
gruppen interessiert, in ihrem Endergebnis aber als
geschliffene Einheit gestaltet wird.

Diese grundlegenden Anschauungen haben z. B. in den
märkischen Industriewerken in Galm-Mark auf
den Weg der Gewinnbeteiligung der Arbeiter an einer erziel-
ten Mehrleistung geführt. Bei den Instandsetzungsarbeiten
an Güterwagen werden durch eine Kommission, die aus
einem Werkleiter der Firma, einem Vertrauensmann der
Arbeiter und einem Abnahmebeamten der Eisenbahnverwaltung
zusammengesetzt ist, die zu behebenden Mängel festgestellt
und die dafür nötigen Zeittunden auf Grund von
Erfahrungswerten und mit einer mittleren Leistung ermittelt.

Unbeschädigt des Anspruchs, die Instandsetzungsarbeiten
auf eine möglichst hohe technische Vollkommenheit zu bringen,
werden sich die Belegschaften betüben, den vorgeschriebenen
Arbeitsumfang in möglichst kurzer Zeit zu bewerkeln.
Der erreichte Unterschied zwischen den geleisteten Ar-
beitsstunden und der im Vorausschlag aufgestellten Stunden-
zahl kommt allen beteiligten Arbeitern nach
einem besonderen Schema zugute.

Um diesen Stundenunterschied einerseits möglichst groß
zu gestalten, andererseits um mit derselben Anzahl von Ar-
beitern eine höhere Anzahl Waggon in gleicher Zeit fertig-
zustellen, werden auch seitens der Firma Einrichtungen zur
Produktionssteigerung getroffen werden, die auf dem Gebiet
maschineller Installationen, der Lagerung der Werkstoffmateria-
lien, der Transportmöglichkeiten, der Zuführung der Ma-
terialien usw. liegen. Sinngemäß sind also diese erhöhten
Leistungen durch zwei nebeneinanderlaufende Faktoren er-
reicht. Demzufolge würde auch das Mehrergebnis in
zwei Hälften zu zerlegen sein. Zu dem Mehr-
ergebnis zählen nicht allein die ersparten Stunden, sondern
auch die darauf ruhenden allgemeinen Unkosten des Werkes,
so daß für eine Verteilung auch beide Posten in Frage
kommen.

Der einzelne Arbeiter wird nach seiner Leistung und
Eignung bewertet, und zwar nach einer Staffel, in welcher
die einzelnen Arbeiter im gegenseitigen Einverständnis
zwischen Werkleitung und Arbeiterchaft eingestellt sind. Der
sich darauf ergebende Stundenüberschuß und Lohnschuß
ist derjenige, welcher vom Auftragsgeber in Form des Instand-
setzungsvertrages vergütet wird. Sagen wir z. B., dieser
Durchschnittslohn oder -preis pro Stunde beträgt 2.30 M.
zugänglich 180 Proz. für Generalunkosten (einen ähnlichen
Prozentsatz erhält jede Firma als Entschädigung der eigenen
Unkosten), so würde an Hand folgenden Beispiels das Er-
gebnis folgendes sein:

Beispiel:

Ein zu reparierendes Eisenbahnfahrzeug fordert zu seiner
Wiederinstandsetzung nach den gegebenen Richtlinien einen
Arbeitsumfang von 500 Stunden, die vollendete Ausführung
der Instandsetzung durch alle daran beteiligten Arbeiter hat
aber ein Stundenersparnis erzielt von 408 Stunden, so
daß also 92 Stunden erspart sind. Die Leistung von 408
Stunden setzt sich zusammen aus

Table with 2 columns: Arbeiter (A-K) and Stundenlohn.
A 5 Std. à 2.15 M. = 10.75 M.
B 51 " " 2.25 " = 114.75 "
C 80 " " 2.30 " = 184.00 "
D 91 " " 2.30 " = 209.70 "
E 69 " " 2.30 " = 158.70 "
F 89 " " 2.30 " = 204.70 "
G 83 " " 2.35 " = 194.55 "
H 90 " " 2.50 " = 225.00 "
I 9 " " 2.75 " = 24.75 "
K 3 " " 2.95 " = 8.85 "
Zus. 408 Std. = 947.90 M.

Diese ersparten 92 Stunden multipliziert mit dem Satz
von 2.30 M. ergeben den Betrag von 211.60 M., dazu

190 Proz. Generalunkosten 390,83 M. zusammen 592,48 M., davon für die Arbeiterschaft die Hälfte 296,24 M.

Es gelangt also für jede ausgezahlte Mark Lohn ein Ueberfluß von 31,25 Pf. zur Abgabe an die Arbeiterschaft.

Zudem werden nicht die einzelnen Fahrzeuge vergütet, sondern alle im Laufe eines Zeitraumes von vier Arbeitswochen von dem Abnahmebeamten übernommenen Fahrzeuge.

Stellen sich bei diesen übernommenen Reparaturfahrzeugen noch Reparaturen heraus, welche vorher nicht gesehen waren, sondern erst im Laufe der Reparatur festgestellt werden, also außerhalb des aufgezählten Rahmens liegen, werden dieselben eine Nachbewilligung der Eisenbahnverwaltung erforderlich machen.

Die Auszahlung des Gewinns an neuereitende Arbeiter geschieht erst dann, nachdem sie 12 Arbeitstage in der Kolonne mit tätig gewesen sind. Dabei ist angenommen, daß sie infolge Nichteingearbeitetseins vorher zu einer Stundenersparnis nicht beitragen vermögen.

Innerhalb einer Abrechnungsperiode ausgetretene Arbeiter erhalten ihren Gewinnanteil für die Zeit, welche sie gearbeitet haben, genau nach obenstehendem Plan.

Bei Kolonnen, die mit ihrer Leistung unter dem Niveau geblieben sind, werden die Umstände beseitigt werden müssen, welche eine Minderleistung verursacht haben.

Es handelt sich bei diesem System nach dem angeführten Beispiel um eine Gewinnbeteiligung, denn der Arbeiter erhält nicht nur das Geld für die erparten Stunden, sondern auch einen Teil der gesamten erparten Generalunkosten, was bei früheren Lohnsystemen nicht der Fall war. Bei einem höheren Verdienst erfährt die Stundenzahl, die durch die Kommission festgesetzt wird, keine Reduktion, sei es durch Einfluß der Werkleitung oder der Abnahmebeamten. In dieser Beziehung sieht die Arbeiterschaft eine Sicherung darin, daß ihr ein Stundenmehrverdienst von 25 bzw. 15 Pf., je nach der Gattung des Arbeiters, garantiert wird. Bisler sind nach den bei den Märktischen Industriewerken in Gohm-Mark gedachten Erfahrungen diese garantierten Sätze immer überschritten worden.

Bei der obigen Darstellung ist zunächst die Rede von der Hälfte des Gewinns = 50 Proz. des Ganzen. Die andere Hälfte = 50 Proz. wird wie folgt verteilt:

Eine Quote bis zu 20 Proz. erhält diejenige Belegschaft, welche aktiv die Produktion durch ihre Tätigkeit fördern hilft. 20 Proz. erhält das Unternehmen für Mehrabnutzung der Werkzeuge, Zurückstellung eines Reservefonds für Neubeschaffung usw. und die restlichen 10 Proz. der Staat als Auftraggeber, in diesem Falle die Eisenbahnverwaltung als Interesse ihrerseits zurück.

Wir leben also, daß bei diesem Lohnsystem jede Partei interessiert ist, die Produktion zu heben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern gemeinsam einen Strang ziehen. Eine Tatsache, wie wir sie leider, ganz gleich durch wessen Schuld, sonst nicht zu verzeichnen haben.

Die Märktischen Industrie-Werke in Gohm-Mark arbeiten nun schon seit vier Monaten nach diesem System. Der Erfolg ist, daß sich die Produktion um 100 Proz. gehoben hat.

Auch andere Vorteile hat dieses System. Während man früher für eine bestimmte Anzahl Arbeiter einen oder auch mehrere Aufsichtsbeamte hatte, beaufsichtigt sich der Arbeiter jetzt selbst. Na, noch weiter, ist hier oder da ein Arbeiter vorhanden, welcher durchaus nicht arbeiten will, so werden es sich seine Kollegen schon verbitten, daß er auf ihre Kosten ein Faulenzgerleben führt und selbst die Betriebsleitung um seine Entfernung aus dem Werk bittet.

Bei weitem entfernt davon, dieses System als das ideale Lohnsystem hinzustellen, ist doch hiermit der Beweis erbracht, daß bei beiderseitigem ehrlichen Willen ein Weg zu finden ist, wie wir ihn im Interesse unseres wirtschaftlichen Lebens recht bald alle finden sollten, ehe es zu spät ist.

Willy Deffeyer.

Rückkehr aus der Tschechoslowakei.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Vor einiger Zeit war gemeldet worden, ungefähr 4000 Reichsdeutsche, die aus russischer Kriegsgefangenschaft über Kaschau zurückgeführt seien, würden jetzt in tschechoslowakische Gefangenschaft festgehalten und zu Befestigungs- und anderen Arbeiten verwandt. Nachdem die deutsche Regierung in Warschau um Auslieferung ersucht hatte, ließ das tschechoslowakische Landesverteidigungsministerium durch die Presse erklären, daß die Nachricht keineswegs auf Wahrheit beruhe.

Dieses Dementi ist jetzt seitens des tschechoslowakischen Ministers Nemeec in bündiger Form dem deutschen Reichskommissar für die Kriegs- und Zivilgefangenen, Herrn Stücklen, gegenüber wiederholt worden.

Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürsorge, teilt mit:

Es werden in Rotterdam erwartet für den 8. Oktober Dampfer Vocohantas von New York, wie bereits gemeldet, und für den 8. Oktober Dampfer Pyramga aus Australien mit 348 Männern, 90 Frauen und 42 Kindern.

Die Gründe des Versammlungsverbots.

Auf eine Eingabe des Metallarbeiterverbandes wegen des polizeilichen Vorgehens gegen die Versammlungen vom 2. Oktober hat der Berliner Polizeipräsident folgende Gründe für sein Vorgehen angegeben:

Die Einladungen richteten sich an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Versammlungen waren daher keine geschlossenen Gewerkschaftsversammlungen, sondern öffentliche Versammlungen. Solche Versammlungen sind 48 Stunden vorher anzumelden. Nachdem bis zum Mittag des 1. Oktober die Anmeldung nicht erfolgt war, erging durch die Presse die bekannte Warnung. Am Abend desselben Tages habe ich den Metallarbeiterverband durch Schreiben darauf hingewiesen, daß die Versammlungen mangels Genehmigung unzulässig seien, und habe die Bitte an die Rätekommissionen gerichtet, die geeigneten Schritte zu tun, damit die Versammlungen unterbleiben. Die Genehmigung wäre ausnahmsweise auch dann noch erfolgt, wenn die Anmeldungen in den späten Nachmittagsstunden des 1. Oktober erfolgt wäre. Die Tatsache, daß öffentliche Versammlungen der Anmelde- und Genehmigungsfrist unterliegen, ist allgemein bekannt und kann auch der Rätekommission nicht unbekannt gewesen sein. Wenn gleichwohl, zumal nach der öffentlichen Warnung am 1. Oktober, die Anmeldung nicht erfolgt ist, so kann dies nur auf die Absicht zurückgeführt werden, über die Anordnungen des Oberkommandos sich hinwegzusetzen. Es war in Berlin öffentliches Geheimnis, daß am 2. Oktober, morgens zehn Uhr, die Arbeiter der Metallwerke die Arbeit niederlegen und sich in geschlossenem Zuge nach den Versammlungsorten begeben wollten. Diese Mäße waren öffentliche Demonstrationen, deren Genehmigung sich das Oberkommando vorbehalten hat. Die Genehmigung war selbst dann erforderlich, wenn es sich um Mitglieder nur einer bestimmten Gewerkschaft gehandelt hätte. Tatsächlich haben die Demonstrationen auch in der heftigsten Form stattgefunden. Weiterhin war allgemein bekannt, daß der Versuch gemacht werden sollte, diejenigen Arbeiter, die sich zur Niederlegung der Arbeit nicht bereitfinden wollten, gegebenenfalls durch Druck zum Anschluß zu bewegen und damit auch die lebenswichtigen Kraftwerke stillzulegen.

Unter diesen Umständen mußten im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die erforderlichen Schritte ergriffen werden, um zunächst die Streikunzulässigkeit und die Versammlungen zu verhindern.

Daß es dem Polizeipräsidenten vollständig fernliegt, die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter Groß-Berlins in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen oder zu erschweren, brauche ich nicht besonders zu betonen.

gez. Eugen Ernst.

Zur Vinerung der Wohnungsnot. Die Leipziger Stadtverordneten bewilligten 5 Millionen Mark für die Errichtung eines häußlichen Wohnungsbauamtes, das die Verfertigung von Wohnungen in eigenen häußlichen Betrieben vornehmen soll.

Ernennung der neuen Minister.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Art. 53 der Verfassung den Abg. Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abg. Oberbürgermeister Koch, Rassel, zum Reichsminister des Inneren berufen und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut. Die Besetzung des neu zu bildenden Ministeriums für Wiederaufbau wird voraussichtlich schon in den allernächsten Tagen erfolgen. Minister David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portfeuille angehören.

Das Betriebsrätegesetz.

Im Ausschuh der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz begründete heute Abg. Dr. Hise (Z.) folgenden von den Mehrheitsparteien vereinbarten Kompromißantrag, wonach in Art. 1 folgende Bestimmungen eingefügt werden: a) Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebes dem Arbeitgeber gegenüber, und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten; b) sind in solchen Betrieben mindestens 5 Arbeiter und 5 Angestellte beschäftigt und einigen sich die Mehrheiten beider Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Betriebsobmann, so wählen die Arbeiter und die Angestellten je einen Betriebsobmann. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Außerdem wurde beschlossen, dem Betriebsobmann in den Gewerbebetrieben von 5 Arbeitern einzuführen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag Hise, in landwirtschaftlichen Betrieben den Betriebsobmann erst bei 10 Beschäftigten zu wählen. Angenommen wurde ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufstellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angestellten- und Arbeiterräten zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen fordert. Art. 2 wurde debattelos angenommen. Bei Art. 3 wurde die Beratung abgebrochen, nachdem zunächst über die Einordnung und den Begriff der Heimarbeiter beraten worden war.

Zur Frage der Neuwahl von Arbeiterräten.

Zu dieser Frage hören wir von zuständigen Stellen folgendes: Nach dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung sind Zweifel über die Stellung des Zentralrats und der einzelnen Arbeiterräte laut geworden. Beide beruhen offensichtlich nicht auf Gesetzen, sondern sind in der Revolutionszeit entstanden. Der gesetzliche Zustand ist in der Verfassung vorgesehen, aber noch nicht durchgeführt. Der Entwurf des Gesetzes über die Betriebsräte liegt allerdings schon der Nationalversammlung vor. Ein Gesetz über die Bildung der Betriebsräte wird mit größter Beschleunigung vorbereitet. Inzwischen werden bis zur Durchführung dieser Gesetze noch einige Monate vergehen. Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, daß bis dahin kein Vakuum entstehen darf, sondern daß die bestehende provisorische Organisation bis zur Durchführung der neuen Gesetze noch fortbestehen muß. Er hat in Ausführung des ihm vom zweiten Rätekongreß erteilten Auftrages auch noch am 22. August d. J. eine neue Wahlordnung für Wahlen von Arbeiterräten beschlossen. Die dem Zentralrat noch zu Gebote stehenden Mittel sind indessen außerordentlich beschränkt, so daß es zweifelhaft ist, wie weit die neue Wahlordnung noch durchgeführt werden kann. Die Reichsregierung konnte Mittel für die Durchführung der Wahlen nicht zur Verfügung stellen, wie dies auch bisher nicht geschehen ist und übrigens nur mit Zustimmung der Nationalversammlung möglich wäre. Die Reichsregierung vertritt aber ihrerseits das Provisorium des gegenwärtigen Zustandes durch Beschleunigung der Durchführung der Verfassungsbestimmungen über die Betriebs- und Wirtschaftsräte möglichst abzurufen, damit die Wahlen nach den neuen Gesetzen möglichst schon Anfang des nächsten Jahres stattfinden können. Die Reichsregierung hat im übrigen den Regierungen der Länder vor kurzem noch eine entgegenkommende Behandlung der ordnungsmäßig zustande gekommenen provisorischen Arbeiterräte in ihrer rechtmäßigen Tätigkeit und ers freundliches Zusammenarbeiten mit ihnen innerhalb solcher Fragen, die nach der Verfassung oder nach kommunalen Verordnungen in das Betätigungsfeld von Arbeiterräten gehören, empfohlen, bis nach Durchführung der neuen Gesetze die verfassungsmäßige Regelung an die Stelle treten kann.

Das Ende.

Von Heinrich Mann.

Noch in diesem Herbst läßt Heinrich Mann, der Dichter des Romans vom Untergang der wilhelminischen Epoche, beim Kurt Wolff-Verlag einen Band „Macht und Nacht“ erscheinen. Ein großer Schlag schließt den Bestand des Kaiserreiches und die künftigen Aufgaben, die die Republik erwarten. Aus diesem Schlag stellt Heinrich Mann und den folgenden, sehr bemerkenswerten Abschnitt zur Verfügung.

I.

Die ungeheure Tragödie nimmt ihren Anfang unter Jubelgeschrei. Vergiß ihnen, sie wissen nicht, was sie tun — bis auf jene, die es zu gut wissen. Dieses arme Volk ist von ihnen betrogen worden, hantiert mit ihnen „Wie sind überfallen“ bis zum letzten „Wir sind nicht bestetzt“. Wohl wäre es nur nicht ganz so reif gewesen, sich auch selbst zu betrogen.

Es ist beklagenswert wie je eines, das ausbleiben mußte. Menschlichkeit zu gerichten und seiner Seele zu schaden. Man ahnte wohl dunkel sein schweres Los. Im Getriebe der Straßen sieht verlorren der marschfertige Soldat, die Hand, diese stumme Minute lang, in der Hand seiner Liebsten. Unter den Bäumen des Dorf- wirtshauses trinken die Burken ein leichtes Mal vor dem Aufbruch, so wie die Schlafende. Hier die Bestimmung, das heimliche Wissen, — nachher drauflos, und jede Prahlereien an die Wagen ihres Transportes gekleidet. Dahin führt ihr Zug sie, in mörderische vier Reihen, denen noch mehr zum Opfer fiel, als was sterblich am Menschen war. Wo finden sie in fünfsten sich wieder? Im eigenen Land, auf heimischen Plätzen einander gegenüber, Buchgefächte in den Händen, und im Herzen nur Fah und Tod.

Der Zug, der sie fuhr, war die Lüge, und er fuhr in den Tod. Zum Leben hin führt nur die Wahrheit. „Stegen“, wenn Sieg denn wünschenswert wäre, läßt sich vielleicht noch mit Fehlern und Verbrechen, nicht mit Lügen. Während ein ängstlicher Feind, zivil denkend und daher beim Raufen der Katastrophe loslos, seine Truppen zehn Kilometer von seiner Grenze zurückzieht, werden Einmärsche und Fliegerangriffe mitten im Deutschen Land angekündigt von dem, der Vorwände bedient, um sogar bei einem Neutralen einzufallen. Da ihr es glaubt, wird es Methode. Jeden Bruch des Völkervertrages, die Beschädigung offener Städte, die Wegführung von Geiseln, Verwüstung von Landstrichen, jede neue Grausamkeit im Leben hat in den Zeitungen zuerst ein jeid bezeugen, und dann dazwischen heraufbesungen wir selbst sie. Der Schrecken wird alsbald das vornehmste unserer Kriegsmittel;

nur darf er nicht Schrecken heißen, er heißt Strafe, er heißt, noch freudlicher, Menschlichkeit. Härte für den Krieg ab... Aber sie verlängert ihn; die Rechnung mit der Menschenseele war falsch. Man mache sie noch falscher, vielleicht stimmt sie dann! So treibt es den Sieger bis zur vielfachen Enttötung von Menschen; die Waffenlos über das Meer fahren, so wird er Sklavenhalter. Den Glouben an solche Mittel verliert nur die Lüge auf. Sie aber; zuletzt gediert sie den Wahnsinn. Nie, die langen Jahre des Unterganges, in denen jeder andere Kriegsführende oftmals vor aller Welt sein Mut entkräften ließ, hat dieser, und wenn das seine auch zum Himmel schrie, den Keinsten Nachteil, geschwiege denn eine Niederlage eingestanden. Holmabend der Zahl seiner Feinde vermehrt er sie rastlos, bis zu dem letzten, auch wieder verachteten, der ihn den Rest gibt. Vor Bunden und Hunger schon am Umfinken, belädt sich der Unglückliche mit immer neuen Gründen, ihn zu verabschauen, immer neuen Herausforderungen an das Schicksal. Ein zum Geipens gewordenen Irren bricht er zusammen. Es könnte ein Heldenschauspiel sein, wäre es nicht eine Krankengeschichte.

So endet ein Kaiserreich, das aus Sieg geboren war und nur als Sieger leben konnte. Seine Feinde hatten es leichter; sie durften langsam das Gesicht der Ereignisse annehmen, mühten nicht Helden von Beginn und niemals die göttgewollten Sieger sein. Sie konnten sich gehen lassen, Ermüdungen zeigen und lange Schwanken, bis ihre Kräfte gesammelt waren, noch länger, bevor ein allgebietender Führer sie gedraufte. Wären sie geschlagen worden, sie würden viel verloren haben, nur nicht das Wichtigste, den Glauben an sich selbst. Der hand auf anderem. Das Reich hatte verstanden: „Ich bin die Macht, und Macht schafft Recht.“ Als sein verbürgtes Erbe hatte es alles beansprucht, was ihm anstand und gegen seine Heere nicht gehalten werden konnte. Es kämpfte für das Herrtend. Von seinem vorgebildeten Gott hatte es seine behauptete Sendung. Schwäche wäre Väterung gewesen, Niederlage Verrat. Angelpannt vom ersten Tage an alle Kräfte, und schlug etwas fest, gelogen, gelogen!

Hätte es allein gerettet! Ein erkünsteltes Staatsgebilde ohne tiefe vollgemäße Notwendigkeit, ein häßlicher Klassenstaat, vielen kaum Leid und dem zur Freude, der Staat, der unter allen, selbst Ausland nicht ausgenommen, am meisten Menschliche erlitt hat; hinweg und kein Wort mehr. Aber das Reich bestand aus Menschen, einem mißbrauchten, heilig entzogenen Volk. Man sah sie nicht, das Reich führte ein Eigenleben, dem Menschen nichts galten. Es konnte diesen Krieg erklären, weil es ein Begriff und ein Gebot war. Menschen im Namen von Menschen würden ihn nicht erklärt haben. Die Wind laufende Maschine der militärischen

Gewalt des Reiches mußte sich, von allen Geistern verlassen, zuerst aufgelassen haben, bevor man sehen konnte, sie bestche aus Menschen, einem lebenden Volk.

Da sah nun die Welt: wech ein Leben, und wech ein Weg des Leidens! Vom frischen Aufbruch an: ihr laßt nous Länder, hattet Abenteuer, das Sterben war noch kühn, noch nicht mißbraucht; da hieß es schon Unrecht tun, hieß ruflos und Geißel werden. Bald aber war euer Erleben so ungeheuer, daß nur noch stumpfes Handwerk des Soldaten, kein Gedanke, kein großes Gefühl mehr es händigen konnte. Welche Idee vom Krieg, als Erzieher, Schöpfer, Vater, kam auf gegen die Hunderttausende der Leiden, von denen ihr umgeben wart? Was bedeuteten zwölf Millionen blutgewöhlicher Helden? Soldaten, die ihr das Volk wart, opferwillig und gutberzig wart ihr, wie von je das Volk. Eure Mühsal, die starken Taten eures Pflichtgefühls sollen in Ehren stehen. Inser Gedanken geite nicht den Zwecken, denen ihr dienen mühtet: nur euch und euren Stürmen, euren Enttäuschungen. Gerade in den bößhestimmten unter euch erfolgt die Flamme zuerst.

Genosse Meerfeld Ehren doktor. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der neuen Universität Köln hat unseren Genossen Johann Meerfeld zum Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber ernannt. In einem Telegramm der Fakultät heißt es: „Nach Fakultätsbeschluss gilt dies: Ehrung dem Manne, der die Bemühungen um die grundsätzliche Genehmigung des Universitätsplanes im Ministerium wirkungsvoll unterstützt hat, der sich aus eigener Kraft zu hoher geistiger Bildung durchgerungen und auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Soziallebens als hervorragender Schriftsteller von wissenschaftlicher Objektivität bewährt hat.“

Wir vergessenen gern diese Ehrung eines aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Reaktors. Meerfeld, der langjährige Leiter der „Rheinischen Zeitung“, der der Nationalversammlung angehört, ging aus dem Sattlerberuf hervor. Die junge Universität Köln ehrt sich selbst durch ihren Beschluß, den wir als ein gutes Zeichen frischen, weiten Geistes begrüßen wollen.

Kunststücke. Lang ist die Zeit des bewegten Körpers, und auch diese Lust hat viel Ausdrucksmöglichkeiten. Als Marx Wigman dieser Tage im Blätterfanz in kräftigen Reden einen Schlag, wurde neben mir die Frage erörtert, ob ihr Lang zur Besetzungskunst oder zur Ausdruckskunst zu rechnen sei. Das Gespräch ließ sich fest, denn immer ist Besetzung Ausdruck inneren Lebens. Es hätte nur gefragt werden sollen, ob die Künstlerin sich

Preussische Landesversammlung.

60. Sitzung, Freitag, den 3. Oktober.

Am Regierungstisch: Dr. Südekum, Braun.

Präsident Reuvert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 20 Minuten.

Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen.

Zu einer Anfrage des Abg. Richter (Zentr.) erklärt die Regierung, daß gegen die Zugehörigkeit von Magistratsmitgliedern und Stadtvorordneten zum Volkstribunal nichts einzuwenden ist.

Zu einer Anfrage des Abg. Maszkowitz (Dnat. Sp.) über die Steigerung des Nahrungsmittelmangels und der Wohnungsnot durch die einwandernden galizischen und polnischen Juden erklärt die Staatsregierung, daß eingewanderte Flüchtlinge als lästige Ausländer ausgewiesen werden können.

Zu einer Anfrage des Abg. Heller (Soz.) über die steuerliche Benachteiligung der Kriegsteilnehmer erklärt die Regierung, daß über steuerliche Begünstigungen der Kriegsteilnehmer bei der demnächst erfolgenden Reichsgesetzgebung entschieden werden würde.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichsiedlungsgesetz.

Landwirtschaftsminister Braun:

Nachdem die Nationalversammlung das Reichsiedlungsgesetz beschlossen hat, hat das Ministerium schnell gearbeitet, und der Vorwurf, daß dieses Gesetz spät komme, ist nicht berechtigt.

Landhunger der Bevölkerung

wird nicht befriedigt werden können. In lehrreicher Hinsicht bietet die größte Schwierigkeit, daß der Landhunger nicht irgendeine beschränkte Fläche, sondern ein bestimmtes Stück Land in der Nähe des Wohnortes des Siedlers verlangt.

Finanzierung des Gesetzes.

Ohne solche bleibt es ein nur auf dem Papier stehendes schönes Programm, das viele Hoffnungen weckt, aber nicht erfüllt.

Abg. Mayes (Soz.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit der Vorlage.

Abg. Dr. Schmittmann (Zentr.): Wir begrüßen es, daß die Vorlage sich beschränkt auf Betriebe, die geeignet sind, und daß sie eine angemessene Entschädigung vorsieht.

Abg. Schaner (Dem.): Wir stimmen der Vorlage ohne weiteres zu.

Abg. v. Krieh (Dnat. Sp.): Die Enteignungsbestimmungen widersprechen der Reichsverfassung.

Abg. Mehrhof (U. Soz.): Wären sozialistische Geist verrät die Vorlage nicht.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Übersetzt von Max Hochdorf.

Ich sehe meinen Weg fort. Maria bleibt an meiner Seite. Wir steigen zum Tale hinab. Dann klimmen wir den Hügel nach Chataigniers hinauf. Ich liebe diese Orte, an denen ich früher so oft vorbeigekommen bin.

Aber mein Geist ist nicht mehr das, was er einstmal gewesen ist. Ich suche in die Weite, ich suche überall. Man muß die Dinge genau sehen, und alles, was damit zusammenhängt.

Ein leises Geräusch. Ein schwächliches Geschöpflein geht vorüber, und ein Pflückerlein hüpfet vor seinen Füßen herum.

Abg. Fels (D. Sp.): Eine großzügige Bodenreform ist die Grundlage für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens.

Damit schließt die Besprechung, die Vorlage wird dem Siedlungsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der Vorordnung vom 10. März über Familiengüter (Fideikomnisse).

Abg. Graf Kanitz (Dnat. Sp.): Die Regelung der Materie durch eine Rotverordnung war nicht erforderlich. Der Redner begründet sodann seinen Antrag auf Aenderung der Bestimmung, daß, wenn am 1. April 1921 die Liquidation durch Familienbeschluß nicht durchgeführt ist, eine Zwangsauflösung stattzufinden hat.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Alte Familien sollen verfallen, um neueren, kräftigeren Platz zu machen. Das liegt im wirtschaftlichen und sozialen Interesse.

Abg. Mehrhof (U. Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Grafen Kanitz.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage. Angenommen wird gleichfalls der Antrag Berndt und gegen eine große Minderheit ebenfalls der Antrag Kanitz.

Es folgt die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für die Verwaltung der direkten und indirekten Steuern.

Dazu vorliegende Anträge der Abg. Gronowski (Zentr.) auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien, Adolf Hoffmann (U. Soz.) auf Umgestaltung der Staatseinkommensteuer und Haas (Soz.) auf Einschränkung aus Eingemeindungen herrührender Steuerbefreiungen werden ohne Aussprache an den Ausschuß verwiesen.

Abg. Hauschild (Soz.):

Neue Steuerquellen können nicht ohne eine vorher erfolgte gründliche Steuerreform erschlossen werden. Eine Steuerreform ist in Preußen schon lange nötig gewesen. Der frühere Finanzminister Dergl hat sie noch vor zwei Jahren zu verhindern gewünscht.

wesentlich andere Steuerverteilung als früher

und eine erheblich veränderte Progression, durch die die großen Einkommen merklich scharf erfaßt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Entaussetzung des steuerfreien Einkommens

läßt sich infolge der Wertentwertung nicht mehr aufrechterhalten. Das Steuerrecht der Beamten muß fallen, das wünschen die Beamten selbst, wenn ihre Gehaltsverhältnisse so geordnet werden, daß sie auskömmlich leben können.

Abg. Goll (Dem.): Die Übertragung der Steuerhoheit auf das Reich, die aus der Not der Zeit geboren ist, entspricht nicht der geschichtlichen Entwicklung.

Abg. Dr. Kachler (Dnat.): Gegen die Aenderung der Steuerhoheit müssen wir Widerspruch erheben, daß die süddeutsche Finanzorganisation besser sei als die preussische.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr.

Schluss: 5 Uhr 10 Minuten.

Groß-Berlin

Die unzureichende Kohlenversorgung.

Die Bricketteingänge für Hausbrandzwecke nach dem Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin betragen in den Monaten August und September 1919 232 400 Tonnen gegenüber einem rationierten Bedarf von 400 000 Tonnen für 2 Monate.

In Schmelzlots kamen in den vorgenannten Monaten für Hausbrandzwecke insgesamt circa 64 400 Tonnen nach Groß-Berlin gegenüber einem zweimonatigen Kontingent von 100 000 Tonnen.

Vom 15. Oktober ab Zentralheizung. Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit, daß die Inbetriebnahme von Sammelheizungsanlagen vom 15. Oktober ab gestatt ist.

Vom Lehrlingswesen in der Groß-Berliner Metallindustrie.

Als Veranstalter der Jugendkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, waren zu vorgestern zwei Elternversammlungen einberufen worden, die sich mit dem Lehrlingswesen in der Groß-Berliner Metallindustrie beschäftigten sollten.

Millionen. Ein Lakai reitet in großer Uniform hinter ihr her. Er ähnelt einem Schauspieler oder einem Kämmerer. Dann folgt mit abgemessenen Schritten eine ältliche Erzieherin, die in schwarze Seide gekleidet ist und die offenbar an irgendeiner Fürstlichen Hof denkt.

Aber da ich Fräulein Eveline de Monthyon sehe, die einer so schönen Namen hat, muß ich gleichzeitig an Antoinette denken, die fast gar keinen Namen hat.

Ich zürne dieser winzigen Luxusprinzessin, die dort auftaucht. Sie ist schon hochmütig, trotz ihrer Winzigkeit. Mitleid erfährt mich für das andere lebende Opfer, das von allen Kräften der Lebensmacht verstoßen werden soll.

Wie ich eben die Gleichheit gesehen habe, so sehe ich jetzt die Ungleichheit. Die Gleichheit ruht in der ewigen Wahrheit. Die Ungleichheit ruht in der vergänglichlichen Wirklichkeit.

(Fortf. folgt.)

Opernhaus.
Die lustigen Weiber
von Windsor.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Räuber.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.

7 1/2 Uhr: **Clavigo.**
Sonntag 7 Uhr: **Hamlet.**
Kammerspiele.

7 1/2 Uhr: **Frühlingserwachen**
Sig. 2 1/2 Uhr: **Missa von Brahms.**
7 1/2 Uhr: **Die Büchse der Pandora.**

Theater i. d.
Königsgrätzerstraße

7 1/2 Uhr: **Kameraden.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Musik.**
7 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Montag 1 1/2 Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
1 1/2 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**
Sonntag: **Fant. Frankfurter.**

Berliner Theater
7 Uhr: **Bummelstudien.**
Sonnt. 3: **Die tolle Komtesse.**

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Fasnachtsfee.**
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: **Martha.**
Eden-Theater
Alte Jakobstr. 30

7 Uhr: **„U. A. W. G.“**
Sig. 3 1/2 Uhr: **Prinzessin von Nil.**
Friedr.-Wilhelms-Platz.

7 1/2 Uhr: **Uretchen.**
Kleines Theater.

7 1/2 Uhr: **Helden.**
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: **Krach.**
Kossische Oper

7 1/2 Uhr: **Liebeszauber.**
Sig. 3 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: **So ein Mädel.**
Metropol-Theater

Zum 1. Male **Sybill.**
7 Uhr: **Neues Operettenhaus.**

7 1/2 Uhr: **Die Dame vom Zirkus.**
Schiller-Theater, Charl.

7 1/2 Uhr: **Fleischmann als Erzieher**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Junger Sonnenschein**
Th. am Nollendorfpf. 3/4

7 1/2 Uhr: **Die Puppe.**
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Die Frau im Hermelin**
Sig. 3 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Theater „Die Tribüne“

Charlotten- u. Berliner-Str. 37/38
7 1/2 Uhr: **„Die Wandlung.“**
Theater d. Friedrichstadt

7 1/2 Uhr: **Vier Einakter.**
Wallner-Theater

7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Gelsha.**

Residenz-Theater.
Untergrund-Klosterstraße.

Stadtbahn-Lanowitzbrücke.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.

Täglich Heute zum **253. Male**
8 Uhr: **Das höhere Leben.**

Komödie von Sudermann.
Olga Limburg, Harry Liedtke,
Rosa Valetti, Emma Leuber.

Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Gespenscher.

Trianon-Theater.
Bahnhof-Friedrichstraße.

Untergrundbahn-Friedrichstr.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Aschenbrödel.

Täglich 1/2 Uhr:
Maskerade.
Komödie in 4 Akten von
Ludwig Fulda.

Hans Aronstadt, Eugen Burg,
Käthe Dorsch, Marietta Oily,
Paul Bildt, Jul. Falkenstein,
Hugo Flink, Paula Lebermann.

Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Johannistauer.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Casino-Theater
Lothinerstraße. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Großstadt-Pflanzen

Volksstück in 3 Akten.
Vorher: **Schwarzwalddädel.**
Operettenakt m. Viktor-Litzke.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 1 1/2 Uhr: **Mädchenwahl.**

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

KABARETT
DEHNENSTR. 59

Merry Ronald
Fred Marion
Elsbeth
Schüler-Grünitz
Mary Walter
4 Varietés
Irma Traub
Neyzel u. Pola
Max Marzelli
Paul Steinitz
Conf.
Siegr. Platow
Am Flügel: Benzschel

Volksbühne Theater
a. Bülowpl.
7 1/2 Uhr: **Luther.**

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barowsky.
7: Feer Gyst.
Sonnt. 7 1/2 Uhr: **Christa die Tante**
Montag 7 1/2 Uhr: **Christa die Tante**

Deutsches Künstler-
Theater.
Allabendlich 7 1/2
Das Schloß am Wannsee.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg
1. Nachmittags-Vorstellg.
im Oktober:
Das Gesetz.

Sonntag nachmittags 3 1/2
abends 7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Soz. Drama v. Paul Eader
Heute 7 1/2: **Das Gesetz.**

APOLLO
THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein

7 1/2 Uhr: **Die Welt**
im Jahre **2000!**

Große Varieté-
Ausstattungs-
schau i. 5 Bildern

In Szene gesetzt
von Dir.
James Klein.

Unter anderem:
Modenschau
i. Jahre **2000**

10 Karrier zu
Pferde / Akro-
batische Spiele

Tänze / Effekte
a. d. Jahre **2000**

Senta Sireland
Lacie Blättner
H. Lamberts-Paulsen

Alex. Stamer usw.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Erwachs.**
1 Kind frei

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Stettin. Säng.
nachm. halbe Uhr:
Friedrichshofen-Str.
Pöhlhoff-Brenn.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Sefel, Ruxell,
Schubert, Horst,
O. Schröder etc.

Das vorzügl. Oktober-Prgr.:
Größer. Lachneroper:
Sonnt. nachm. ermäß. Preise
(vollst. Abd.-Prgr.) Kind frei!
Bildhgen-Konzert i. den 7 U.

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21.

Tägl. d. erstklassige Künstler-
Spezialitäten-Programm
„Auf ins Königstadt!“

Ausstattungs-Varieté-Burleske.
Text u. Musik v. Harry Waldau
Arrang. v. Hofballlettm. Riegel.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonnt. u. Feiertage 2 Vorstellg.
2 Uhr nachm. und 7 1/2 abends.

KÖNIGIN
Kurfürstendamm 235

Wine-Restaurant
I. Rangs

Fünf-Uhr-Te
Täglich nachm. u. abends
Tanz-Vorführungen.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft

Ingenieur- u. opt. Schlichting
Berlin W 9, Lützowstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8514.

Komödienhaus
An der Herchenbrücke.
Am Dienstag, den 7. Oktober, 1/2 Uhr:
Zum **125. Male:**
Liselott von der Pfalz
Einführung in 2 Akten und 1 Vorspiel
v. Rudolf Kreuder u. Leo Walter Stein.
1892

Metropol-Theater.
Heute zum **1. Male**
7 Uhr
Sybill.
Große Ausstattung-Operette in 3 Akten
von Max Brody und Franz Martos.
Uebersetzt u. bearbeitet v. Bodansky u. Reidhardt.
Musik von Victor Jacobi.
In Szene gesetzt von
Direktor Fritz Friedmann-Frederich.

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinplatz 8023
nahe Zoo) zwischen Kanistraße und Kurfürstendamm.

Weinrestaurant u. Früh-
stückerstuben
Criterion
Stadtische 1111
Flaschen-Verkauf wohl-
gepflegter Weine, bes.
echt. alt. Bordeaux
(rot und weiß)
Robert Gonné
Linkstraße 2
(a. Potsdam-Platz)
Tafelmusik:
Kapellm. Wianso Anruf
5-Uhr-Tea für Tischbestellg.
Feine Konditorei Lützow 5009.

Viktoria
ih. Emil Hofmann
Café und Diele
Unter den Linden 40 . . Ecke Friedrichstraße
Café: Konzerte Rudolf Weintraub
Viktoria-Diele: 1. Stock zum 5-Uhr-Tea u. abends
Kapelle Beermann und Kapelle Makowski.
Treffpunkt aller Fremden

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 85% in Zahlung genommen.
Jetzt noch billig!!
Pelzmäntel! Plüschmäntel!
1000 850, 950, 1000
2000, 2500, 3000 900, 1000, 1100
125, 175, 225, 275, 325
Übergangsmäntel auch für Backsteine 40, 55, 60, 65, 70, 75, 80
Sehr billig!!
Impr. Seidenmäntel 120, 155
Frühjahrskostüme 65, 120
Kunstlederne Strickjacken 125, 140
Wummelmäntel 140, 165
Elegante Äntel 65, 80
Übergangsmäntel 35, 40
Stoff-Gehk 25, 40
Seidenröcke 80, 120
Herbst-Äntel 45, 60
Herbst- und Winter-Modelle in hochleganter Ausführung
sehr billig!!
Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Berlin NO 16, Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntags geschlossen!

Neul Kohlenanzünder. D.R.G.M.
Ein Dreieck brennt 6-10 Minuten sofort mit jeder
Flamme jede Kohle, Torf usw. — ohne Papier u. Holz —
sicher an. Eine Tafel enthält 12 Anzünder. Preis pro Tafel
60 Pfg. Versand mit Kartons zu 20 Stück ab hier zuzüglich
Nachnahmeopfern. — Detailhändler und Wiederverkäufer
erhalten Rabatt. Hersteller: Oskar Mehlhardt, Bad Sals.

Künstliche Zähne
mit edelstem Parafaschin, Goldzähnen und Städen
Waglionzard, Sup. u. Unarb. 10f. Ueber 30 J. tätigst,
Relie-Kupferplatte, Zahnprotekt. Gröger, Brinckenstr. 66a
an der Treppenstr. Tempel. Str. 1125a, 8558*

Circus Busch
Bekanntmachung.
Da d. Antrag zu d. neuen
Tragikomisch. Pantomime
„Aphrodite“
d. täglich außer Dienstag
u. Freitag aufgeführt wird,
so gewollt ist, daß die
Plätze allabendlich schnell
verkauft sind, empfiehlt
es sich, Einlaßkarten vor-
her zu beschaffen. Vor-
verkauf immer für 3 Tage
im voraus. Es wird be-
sond. darauf aufmerksam
gemacht, daß bis auf weite-
res jeden Dienstag und
Freitag **NIET** Boxkämpfe
stattfinden.

ORIENT
Strausberger Platz
Inge Lars, Walter Behrend
Arthur Zable
2 Singsw. u. Hund Fifi
Mizzi Rieder
Tata-Toto-Duett
Mia Greder u. Paul Rieckmann
in ihrem Sketch
„So eine Gemeinheit.“
Hugo Henold
Tonkünstler-Konzert
Anfang 7, Sonntags 4 1/2 Uhr.

MÖBEL
schonwerte Lager, Anweh!
in 4 Etagen wie im Frieden
Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer & Herrenzimmer
Farbige Ergänzungs-
Küchen Möbel
Für Brautleute besonders empfehlens-
wert. — Auf Wunsch Teilzahlung!
Möbel-Haus
A. DAMITT
Potsdamer Str. 46-47 und Mühlstr. 101

Feuriger **Santa Lucia** Feuriger
Süßwein Süßwein
Käuflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
Norden 6822. Grosso-Vertrieb, Bergstr. 34.

Admiral-Palast
Internat. Boxweikämpfe
in allen Gewichtsklassen
um die
Meisterschaften
von Deutschland.
Anfang 8 Uhr.

Admiral-Palast
Die Ausierprinzessin
Nach dem Gewitter

Der
Lichtspielpalast

Schweizer
Garten
Am Friedrichshain 20/22
ist die neueste

Filmbühne
Tgl. 6 1/2 Uhr, Sig. ab 3 Uhr:
Das Sensations-
Programm!

Ab 8 1/2 Uhr: **Grünen Saal**

Kabarett
Darbietungen i. Künstler
Eintritt frei!

Geöffnet von 8-6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!
Speisezimmer | Herrenzimmer
1 Büfett | Eiche | 1 Bibliothek, Eiche
1 Kredenz | | 1 Schreibtisch
1 Ausziehtisch | | 1 runder Tisch
6 Stühle | | 1 Schreibtisch
Mark: | | Mark:
2850, 3750, 4500 | 2450, 3850, 4875
etc. | etc.
Schlafzimmer
1 Schrank mit Spiegel
1 Waschtoulette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stellige Aufgematratten mit Kollkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.
Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sevel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
= einfacher, mittlerer und elegantester Art =
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Direkt ab melauer Fabrik.
Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe
ich nur noch bis zum 15. Oktober diese
vier Rein-Aluminium-Kochtöpfe
Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter
mit Deckel (eigenes Fabrikat)
zu M. 80.00 gegen Nachnahme.
(Bedingung ist, bei Bestellung
dieses Inserat mit einzuschicken.)
Aluminium-Prägewerk Seuthe
in Holthausen bei Plattenberg. 1879

Der Generalvertrieb des
„Mercurin“
Hochglanz-Schuhcrem
gibt an einlässliche
Befehle
Gratis-Schuhputz
an die Kundhaft ab.
Bereiter wollen ihre
Hände stets sauber
halten an
Generalvertrieb des
„Mercurin“-Schuh-
putz Berlin SW.
Königsplatz 125,
part. 609

„Schütze Dein Heim“ D.R.G.M.
Größte Sicherheit gegen
Überfall und Einbruch
in der Wohnung, unent-
behrlich in jedem Haus-
halt. Ohne Zerrüttung
der Tür kann nie-
mand die Wohnung oder
den Abgesperren kaum
öffnen. Ausserst prak-
tisch auf Reisen. Kein
Raum von außen zu
öffnen. Einfache Hand-
habung. In der Tasche
zu tragen. Preis M. 2.—
Generaldepot: Erich Richter, Berlin N., Kolonnenstr. 32.
Versand geg. Nachn. od. vorherige Einsendung des Betrags.

Ankauf
von bedeutendem
Brillanten- und
Perlschmuck
beibarer Auszahlung
Margraf & Co.
Kanonenstr. 9.
Spezialhaus f. Juwelen-Gelogenhaltakulo

Freiwillige Beiträge für den Deutsch-Litauischen Heimatbund

Postüberweisung auf Konto Nr. 652,
Credit- und Sparverein e. G. m. b. H., Konto Heimatbund Memel
beim Postfachamt Königsberg i. Pr.

oder direkt
beim Creditverein Memel
Theaterplatz.

Achtung! Arbeiter u. Angestellte der „Ufa“

Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in den Kammer-Spielstätten am Potsdamer Platz:

Berliner Landpacht-Genossenschaft.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dez. 1918

Aktiva	M.	Passiva	M.
An vorauszahlte Pachten	16.201,70	Per Guthaben der Kolonien	17.089,29
Schuldner	8.570,-	Anteile-Konto	12.360,-
Guthaben bei der Dresdner Bank	37.385,77	Anteile-Erwerbskonto, bezahlte, noch nicht beständige Anteile	396,-
Kautionsen	3.717,-	Block-Konto	780,05
Darlehen	1.519,45	Spar-Konto	27.695,68
Inventory	264,80	Reservefonds	2.609,35
Kassenbestand	1.220,74	Gillubiger	77,71
		Kriegsunterstütz.	32,-
		Gewinn	7.914,38
	68.819,40		68.819,40

Mitgliederbewegung.
Mitgliederstand am 31. 12. 17 769 Genossen
Neu eingetretene 469 mithin 1229 Genossen
Aufgekündigte u. ausgezahlte Anteile 14 14
107/19 1215 Genossen

Das Geschäfts-Guthaben der Genossen betrug am 31. 12. 17 7.867 M.
betragt 31. 12. 18 12.150 M.
für 1236 Genossen mit je 1 Anteil 12.360 M.
weitere Anteile bis 31. 12. 18 23 & 10 M. 210
mithin mehr 4.500 M.
Die Haftungssumme der Genossen betrug am 31. 12. 17 15.720 M.
betragt 31. 12. 18 24.720 M.

Berliner Landpacht-Genossenschaft.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand: Wilhelm Both, Fritz Wils.

Johanna-Kinderheim Gasser Str. 11
nahe Rosent. Tor.
Kinder finden zu jeder Zeit liebevolle Aufnahme für längere und kürzere Zeit. Aufnahmealter 4 bis 14 Jahre.
Nähere Auskunft bei der Heimleitung. — Telefon: Norden 106 03.

Bekanntmachung.

Infolge der schiedsrichterlichen Entscheidung vom 14. August 1919 bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß von dem Tage ab, an dem nach dem 28. September 1919 die Gasmesserscheide angenommen werden, der Preis für das Rublmetier das bis auf weiteres

in Berlin-Richterfelde zu Leuchtmetern und durch Wägenmesser bezogen 58% Pf. zu allen anderen Zwecken 48% Pf.

in Zehlendorf zu Leuchtmetern und durch Wägenmesser bezogen 50% Pf. zu allen anderen Zwecken 48% Pf.

einseitig der Kohlen- und Umfassung, betragt. Berlin, den 30. September 1919. 879D

Deutsche Gasgesellschaft, Gasbetriebgesellschaft, Aktiengesellschaft.
Hed. Canenberg. Der Vorstand: G. Körtig.

Angebot.

Frau Anna Kunter in Lehma hat beantragt, den Schriftführer August Kunter aus Kührenbortum, zuletzt Referent bei der 2. Kompanie Reserve-Infanterie-Regiment 1, der seit dem Tode des Verstorbenen am 28. August 1914 vermisst wird, für tot zu erklären.
Der besagte Verstorbenen wird aufgeföhrt. Ich schließe mich dem auf den 2. Dezember 1919, mittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Rathen-Elhelm-Str. 8, Hinderhaus, Zimmer Nr. 61 anberaumten Aufgebotsort zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
In alle, welche Kostant über Leben oder Tod des Verstorbenen zu ermitteln vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsort dem Gericht Anzeige zu machen. Potsdam, den 15. September 1919. 881D
Das Amtsgericht, Abteilung 1.

Flechten Wunden

offene Füsse, Krampfadern heilt sogar vorverheilten Fällen mit oft überraschender Erfolge die hautbildende schmerz- und juckreiztöndende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 und 5,10 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apothek, Königgrätzer Str., und Simons-Apothek, Kronen-, Bellevue-Apothek, Potsdamer Platz, Victoria-Minerva-Apothek, Charlottenburg und in der Marien-Apothek, Wilmersdorf. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Silitkeim-Rominten 5.

Schlafbetten 145x105 (inkl. Decken) mit Stuhl	19,50 M.
Mil.-Unterhosen, gute Qualität Stk.	20,50 u. 17,50
Mil.-Unterhosen	9,50
Beau Mil.-Dress, 85 cm breit	8,50
Woll-Herrensocken	Paar 5,50
Stoffhosen, gute Qual. (lein Seidstoff) für Herren	25,00 (Schrittlänge angegeben)
Woll-Herrensocken	Paar 5,50
Relux. Strickgarn, Schwarz & Draht	Wd. 32,00

versandt unter Nachnahme. 881D
Otto Siemens, Kühlen (Verlag.)

Deutsche Grundcredit-Bank zu Gotha.

Bei der am 1. Oktober dieses Jahres stattgehabten Prämienziehung für die am 2. Juni dieses Jahres gezogenen 227 Serien unserer Prämien-Pfandbriefe zweiter Abtheilung fielen auf die nachbenannten Nummern die bemerkten Prämien einschließlich des Nennbetrages.

M. 30.000,— auf Nr. 107.113 und Nr. 124.766, M. 15.000,— auf Nr. 125.036 und Nr. 144.538, M. 2.000,— auf Nr. 111.309, 146.911, 149.071 und 158.250, M. 1500,— auf Nr. 77.150, 86.432, 97.636, 99.842, 106.960, 128.147 und 132.999, M. 600,— auf Nr. 62.474, 73.234, 13.800, 76.002, 76.012, 77.057, 79.116, 80.574, 81.995, 83.621, 85.941, 85.660, 88.146, 96.172, 106.229, 106.967, 109.798, 110.595, 120.134, 120.770, 121.837, 122.281, 124.777, 132.987, 137.801, 139.204, 140.531, 142.527, 145.243, 146.920, 148.059, 148.722, 151.394, 152.909, 154.878, 157.354, 158.241, 158.270, 158.911, 17.9788.

Alle übrigen Nummern der ausgelosten Serien sind mit dem Nennbetrage von Thir. 100 = 300 M. pro Stück gezogen worden. — Sämtliche ausgelosten Pfandbriefe werden vom 20. Dezember dieses Jahres ab eingelöst und zwar mit dem Gewinn gezogenen unter Kürzung von 5 Proz. Staatssteuer auf den, den Nennwert überschreitenden Prämienbetrag, an unseren Kassen in Gotha und Berlin W 9, Volstr. 2, sowie bei den bekannten Zahlstellen, wo auch Ziehungs- und Rückstandslisten eingesehen werden können.

Nach dem 2. März 1920 werden alle mit Prämien verlusten Pfandbriefe nur noch bei unseren Kassen in Gotha und Berlin eingelöst. 182/1 Gotha, den 1. Okt. 1919.

Deutsche Grundcredit-Bank.
Von der Reise zurück
Professor Krawski.

Alte Kinosäle

Schöneberg - Hauptstraße 30/31
Große Kino-Sehenswürdigkeit.

Das Tagegepräch von Berlin

Die Arche
7 Hfte
nach dem Wlfrin-Roman von Werner Schell
Beginn 8 und 9 Uhr
Sonnt. 4, 5 und 6 Uhr

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel und Leder-Sofas in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister Berlin SO 20
Oranienstr. 25.



Stoffe

Friedensware!
In- und ausländische für Herren u. Damen
Große Auswahl und sehr billig!
Richard Zastrow
Zuchlauer
Mollenumer 14-15.
En gros. En détail

Bonitätig gehellt

wurde ich, obwohl selbst ärztliche Hilfe vergebens war, durch Ihr Spezialmittel von meiner Fledete.
Jedem, der daran leidet, empf. ich dringend Ihr Mittel. Rathbaum, R. O. ... Reichels Fledetenmittel mit Spezialpreis ist 25 Jahre glänzend bewährt u. garantiert unschädlich M. 5. Zur gleichzeitigen inneren Kur Reichels Sulfatin-Phosphorin-Quininsulfat. Ed. M. 2. Otto Reichel, Berlin 43, Glienckebühlstr. 4

Möbel

Direkt an Private
Küchenschrank 1948-8790 M.
Küchenschrank 908-8293 M.
Küchenschrank 135-2850 M.
Küchenschrank 455-2425 M.
500 godesens Einrichtungen heterartig vorzügig Franke Lasierung. Aufkündigungs Druck-sachen gratis
Höffner
Möbel-Großhändler
Berlin N. 21
Veteranenstraße 11-13.

Möbel

Ein großer Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Kriegsanl. u. Sparschl. nehme in Zahlung

Möbel-Cohn

im Osten Große Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: Badstraße 47/48

Möbel

gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Polsterwaren,
farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulante Bedingungen und größte Rückkaufnahme.
Lieferung frei Haus.
Lieferung auch nach auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Streßenhändler

für den „Vorwärts“
stellt ein Hauptexpedition, Lindenstr. 3.

Austrägerinnen

für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hot part. — Fritze, Steglitz
Berliner Str. 37, Laden. — Markstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Meile,
Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener
Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Beiziger Straße 27
Seszehelmer
Charlottenburg: Straße 1.
Steglitz: Zie-eidecker, Schildhornstr. 11
P. Schulz.
Hohenschönhausen: Witzgauer Str. 17
part. abends 5-7 Uhr.

Offenrestbestände

wie Raubeln, Eden u. Gefäße,
geschliffen und glasiert, a Stück
10 und 20 Pf. gibt ab 877D
Fürstenwalder-Lohnwarenfabrik
G.m.b.H., Fürstenwalde a. Spr.

Sprischen Asphalt

in Städten taugt auch in ganz
kleinen Dörfern
Carl Gohert, Reuthstr., Rosen-
straße 15. Tel.: Reuthstr. 2275.

2 Vorträge ... C. Fleege

Die Farbenharmonie in der Damenkleidung.
Welche Farbensammenstellung ist am vortheilhaftesten f. die einzelnen Frauen- u. Männergruppen? Modetipps.
Montag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, Adalgerstr. 21.
Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, Sophien-
straße, Sophienstr. 15.
Karten zu 1, 2 u. 3 Mark an der Kassa.
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn.

Als Redaktionsgehilfe

Journalist, bedingt Gen. (M.-S.)
Stell. Ang. u. W. 5 a. d. Exp. d. Bl.

Parteisekretär

für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg
sofort gesucht.
Genossen, die agitatorische und organisatorische Be-
fähigkeit, eine längere Parteitarbeitserfahrung (Richtung
S. u. D.) nachweisen und möglichst mit den üblichen
Verhältnissen vertraut sind, wollen ihre Bewerbungen
bis spätestens 15. Oktober an H. Goldmann, Cottbus,
Schützenstraße 8, einbringen. 220/2
Der Kreisvorstand des Kreises Cottbus-Spremberg.

Prima Raglan- und Waffenschneider

auf Verträge und außer Haus sucht
Adolf A. Stern, Poststr. 24/25. 871D

Werkmeister

Rur auf energische, gleichzeitige und unabhangige, mit der
Massenfabrikation bestens vertraute erste Kraft wird
verlangt.
Soll. Offerten unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnis-
abschriften, Bild u. Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an
Mercedes-Baummaschinen- und Waffenerwerte
Wehite 1. Thür. 10/14

Bleilöter

Wasserstofflöter gel.
Fernerhandl. unt. T. 36
an die Exp. d. Bl.
Einem Maler- und einen
Wagenladierergelichen
für dauernd fest locht ein
Robert Tillack,
Cottbus H.-L.
800D

Tüchtiger Rohrleger

für Kanalisation gesucht
Stundenlohn 22,- 27,- zu melden
Daußke, Mohr, Dierbeck,
Karl-, Ecke Kaiserstraße.
Expeditent, dandig,
sucht Buchbinder 11/13
Adolf Rosen, Wollstr. 10.

Antogen-Schweißerin

sofort verlangt, Charlotten-
burg, Gurlerstr. 21, 2. Hof 11.
Lehrmädchen
für Expedition und Lager sucht
Buchbinder 11/14
Adolf Rosen, Wollstr. 10.

Geschäftsführer

für die Verwaltungskasse Contowert des
Deutschen Metallarbeiterverbandes wird
zum 1. November 1919 ein mit allen Verwaltungs-
und Kassengeschäften, agitatorischen und organi-
satorischen Fähigkeiten bewandertes
Geschäftsführer
gerucht. Bewerber wollen unter Angabe ihrer
Tätigkeit eines Geschäftsführers, bisherige Tätigkeit
in der Arbeiterbewegung, Alter, Familienstand bis
zum 30. Okt. 1919 mit der Aufschrift „Bewerbung“
einreichen. fünf Jahre ununterbrochene Organi-
sationszugehörigkeit Bedingung, an
Gustav Ulrich, Geschäftsführer,
Lauterweg, Berl. 18.
128/18

Möbel-Beiser

Lothringer Straße 67
Hefert in geliegender Qualität wirklich
sehr preiswert gegen bar und
auf bequemste Teilzahlung
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
Küchen und Einzelmöbel
in großer Auswahl, Besichtigung lohnend. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Mode-Wäsche

Zeitschrift für die praktischen
Interessen der Frauwelt.
Jedes Heft 60 Pf. vierteljährlich.
Mit den Gratis-Beilagen:
1.) Schnittmusterbogen,
2.) Handarbeitsvorlagen,
3.) Handarbeitsbogen,
4.) Unterhaltungsbeilage.
(Verlag von W. Vobach & Co., Leipzig.)
Bitte bei Bestell-
ung genau zu notieren!

Zu bestellen

bei allen Buchhandlungen am Orte unter Angabe des
Verlages W. Vobach & Co. — Wo Ihnen keine Buch-
handlung bekannt ist, bestellen Sie die Zeitschrift:
„Mode und Wäsche“ am Schalter des nächsten Post-
amtes oder bei dem Briefträger Ihres Post-
bezirks. Im letzteren Falle ist außer der Angabe
des Titels „Mode und Wäsche“ der Hinweis auf die
Vok.-Anzahl-Verhältnisse der Abnahme erforderlich.
Bestellzettel hier abzuschneiden!
In das Postamt.
Hiermit bestelle ich aus dem Verlage W. Vobach & Co., Leipzig,
für das Oktober-Dezember-Quartal
1 Expt. Mode und Wäsche. (Siehe Post-Zeitungs-
Preistafel 9. Nachtrag.)
Für Zustellung frei ins Haus 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich.
Name: _____
Wohnung: _____

Möbel

in großer Auswahl und
guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Kriegsanl. u. Sparschl. nehme in Zahlung

TROCKENPARFÜM

Lebona
Berlin
HAUT
CREME
Überall
erhältlich

Möbel-Cohn

im Osten Große Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: Badstraße 47/48

Möbel

gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Polsterwaren,
farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulante Bedingungen und größte
Rückkaufnahme.
Lieferung frei Haus.
Lieferung auch nach auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern
als Anzahlung.

Streßenhändler

für den „Vorwärts“
stellt ein Hauptexpedition, Lindenstr. 3.
Austrägerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hot part. — Fritze, Steglitz
Berliner Str. 37, Laden. — Markstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Meile,
Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener
Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Beiziger Straße 27
Seszehelmer
Charlottenburg: Straße 1.
Steglitz: Zie-eidecker, Schildhornstr. 11
P. Schulz.
Hohenschönhausen: Witzgauer Str. 17
part. abends 5-7 Uhr.

Erst zahlen, dann Schwören.

Die Offiziere der Reichswehr sind zum Teil praktische Leute. Da verlangt die Regierung, daß die Truppen auf die Verfassung vereidigt werden. Dieser Eid ist auch schon von verschiedenen Formationen, so von den Offizieren der höheren Stäbe, geleistet worden. Das hindert jedoch die Brigade Doewenfeld, einen schleswig-holsteinischen Truppenteil, der in Kiel seinen Stammsitz hat und gegenwärtig in Oberschlesien wirkt, nicht, folgendes bekanntzugeben:

3. Marine-Brigade. Sindenburg, 22. September 1919.
Nr. 12.
Nr. 1785.

Brigade-Befehl

Die Vereidigung der Brigade gemäß „Verordnungsblatt“ Nr. 7 Artikel 88 hat zunächst zu unterbleiben. Artikel 133 der neuen Weimarer Verfassung, welche Beschworen werden muß, bestimmt:

Die Wehrmacht richtet sich nach der Bestimmung des Reichswehrgesetzes. Dieses bestimmt auch, wie weit für Angehörige der Wehrmacht zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erhaltung der Truppenmacht einzelne Grundrechte eingeschränkt sein können.

Das Reichswehrgesetz ist bisher überhaupt noch nicht bekannt, so Antizipieren daher in absehbarer Zeit nicht möglich. Der Reichswehrgesetz soll demnach etwas beschränken, was noch gar nicht existiert. Es kommt dazu, daß auch erst durch das Reichswehrgesetz die Gehaltsstufen der einzelnen Dienstgrade, Zulage und Art der Verpflegung, festgesetzt werden.

Ueber die ganze Angelegenheit wird von höherer Stelle aus noch Entscheidung herbeigeführt werden.

gez. von Doewenfeld.

Herr Korvettenkapitän von Doewenfeld ist ein praktischer Herr. Solange er nicht weiß, was bezahlt wird, wird auch nichts Beschworen.

Niedriger hängen!

Gegen die mühen des Offiziersstandes seiner Soldaten in der Pfalz erklärt der französische General Gerard folgenden Armeebefehl, den alle deutschen Zeitungen seines Bezirks abdrucken mußten:

„Dem kommandierenden General der 8. Armee ist Bericht darüber erstattet worden, daß einzelne Militärpersonen auf dem Lande Obst und insbesondere Trauben pflücken (!). Wenn auch die deutschen Truppen während ihres Aufenthaltes in Frankreich ganz andere Schäden und planmäßige Verwüstungen anrichteten, die den Ladel der ganzen Welt erregten, so ist doch kein Grund, daß die Armeen der zivilisierten Nationen sich zu Diebstählen und Plünderungen verleiten lassen.“

Ist es Zivillisation, den menschenlosen Besetzten?

Proletarische Solidarität.

Nachdem bereits im Waldenburger Revier die Arbeiter einiger Dörfer sich aus Egrachtichten zum Zweck der Kohlenversorgung des Breslauer Proletariats versprochen haben, beschloßen jetzt die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse des Reuselwitzer und Rositzer Reviers, an vier Sonntagen zu fördern, damit die widerbestimmte Bevölkerung mit Kohlen versorgt werden kann. Die Produktion von drei Sonntagen soll der Bevölkerung des Altenburger Landes zulommen, die Förderung des vierten Sonntages der Leipziger minderbemittelten Bevölkerung. Die Erträge sollen durch die Kommunalverbände ohne Händlungsverkauf werden. Die Bergarbeiter verzichten auf den tarifmäßigen Lohnzuschlag von 100 Prozent für Sonntagsarbeit. Ein Werk, Grube Adelheid, hat bereits einen Sonntag gearbeitet und eine Meliorleistung von 30 Waggons gefördert.

Aus der Partei. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat am Freitagabend beschlossen, regelmäßig Dienstags und Freitags im Anschluß an die Plenarverhandlungen der Nationalversammlung Fraktions-sitzungen abzuhalten.

Zum wiederholten Male beschäftigte sich die Fraktion mit der Tereuerung der Leder- und Schuhwaren, sowie deren Ursachen und den Maßnahmen, die zur Abhilfe getroffen werden können. Die Fraktion erzielte dem Vorstand Vollmacht zur Einbringung einer Interpellation. Als Redner für die politische Debatte, die am Dienstag beginnt, wurden die Herren Scheidemann und Meerfeld bestimmt.

begnüge, Musik in die Mäntel leidenschaftlicher Bewegungen umzuwickeln, oder ob sie darüber hinaus die Idee einer Handlung (Szenisch in Sinnvoller Verbindung und Einwirkung der Bewegungen wirken lassen. Bektes kann starke künstlerische Leistung werden, und Mary Wigman braucht das Bewußtsein nicht, um dies Ziel zu erreichen. Anders ist Grete Wallenburg, die im Schattensaal ein Blumenkörbchen längerlicher Miniaturtänzen tut. Aus Keinen, weiß klassischer und romantischer Musik läßt sie jetzt frohlockende, hübsch abgerundete Bewegungsvorgänge sprechen: pantomimische Kleintänze, deren Wägen, artig unterhaltende Einfälle, ein immer anderes Gesicht zeigen und immer von seiner Ordnung sind. Mary Wigman hat aufsteigende Brandung, Grete Wallenburg ist freundliches Wellenspiel. Ueber dies Spiel hinaus wuchs aber eine erotische Mimik (zu einer Musik von Grieg): erzeugtes Vorgehen lauschender Weiblichkeit. Der Reiz dieser Tänzerin beruht in unerschütterlicher Annuit.

Dem G. Weith. Richter, diesem hervorragenden Forscher der Chemie, der vor einigen Monaten nach, wird die Deutsche Chemische Gesellschaft am 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Hofmann-Haus eine Gedächtnis-sitzung widmen. Mehrere Vorträge werden die Verdienste des Gelehrten darlegen.

Theater. In der Volksbühne wird als nächste Aufführung B. Björnsens Schindl, Paul Lange und Lora Barsberg mit Friedrich Kasperl und Helene Fedner in den Hauptrollen am 11. Oktober gegeben. — Rudolf Schildkraut tritt im Theater der Friedrichstadt zurück in der Komödie „Dr. Stieglitz“ von Armin Friedmann und Ludwig Herz auf, deren Aufführung für den 17. Oktober angesetzt ist.

Vierte Götische Spielzeit ist durch gerichtliche Entscheidung, die vom Reichsamt beantragt worden war, beschränkt worden. Die Künstler hatten sich den Staatstheatern für diese Spielzeit verpflichtet. Das ist ihr nun unter Androhung der gesetzlichen Sanktionen verboten worden, solange ihr Vertrag mit dem Deutschen Theater gilt.

Der wissenschaftliche Verein beginnt seine Vortragsreihe im kommenden Winter mit einem Vortrage des Geheimrat Prof. Schumacher über Gold und Papiergeld am 10. d. Mts., abends 8 Uhr, im Hofsaal Georgenstr. 8/90. Meldungen dorthin in der Geschäftsstelle.

Das Kunstgewerbe-Museum veranstaltet im ersten Wintermonat (Oktober bis Dezember) in seinem Hörsaal, Prinz-Albrecht-Str. 7a, folgende unentgeltliche Vortragsreihen mit Lichtbildern und Aufstellungen: 1. Prof. Dr. Edgar Aschke: Monumentale Kunst, 8 Vorträge, Dienstag, abends 8 bis 9 Uhr, Beginn Dienstag, den 14. Oktober; 2. Prof. Dr. Hermann Schwegler: Kunst und Handwerk in Deutschland zur Zeit Dürers, 8 Vorträge, Freitag, abends 8 bis 9 Uhr, Beginn Freitag, den 17. Oktober, Programme in der Geschäftsstelle des Kunstgewerbe-Museums, möglichst von 10 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Hrania. Das Verzeichnis über die Mitte Oktober beginnenden gemeinsamen naturwissenschaftlichen Vorträge nennt Kurse von Prof. Dr. Donath über „Physikalische Betrachtungen über Licht und Farbe, Ton und Klang“, Prof. Dr. Schönbauer über „Den Kreislauf des Weltalls“, Dr. Wilhelm Berndt „Die Abstammung des Menschen und seine Stellung in der Reihe der Lebewesen“, Oberlehrer Erich Domburg über „Entwicklung und Zukunft unserer Jugend“.

Sie demaskieren sich!

In unserem gestrigen Artikel über den Streik bei der D. W. S. Latorenfabrik Danneberg u. Quandt erhalten wir von dem Arbeiterausschuss der Firma unter Berufung auf § 11 des Preußengesetz eine Verichtigung. Obgleich die Verichtigung mit diesem Paragraphen nichts zu tun hat, geben wir sie um so lieber, als sie unser Urteil über den famosen Arbeiterausschuss nur vervollständigt. Die Verichtigung lautet:

Es ist unrichtig, daß der 14. Tag ein Werkstattdeslut gefaßt ist, der dahin geht, daß nur noch Arbeiter einer Partei eingestellt werden können.

Wahr ist, daß in der Sitzung mit der Geschäftsleitung gesagt worden ist, jeder Werkstattdeslut ist uns heilig, aber dies in dem Sinne, daß jeder Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein muß.

Wahr ist, daß jetzt noch mehrere Kollegen anderer Partei-richtung bei der Firma Danneberg u. Quandt tätig sind.

Unwahr ist, daß der Streik ausgebrochen ist, weil die Arbeiter sich weigerten, mit dem betreffenden Arbeiter zusammen zu arbeiten.

Wahr ist, daß wir in den Streik eingetreten sind, weil die Firma sich weigerte, die Tarifverhandlungen weiterzuführen. Die Firma bestand auf dem Standpunkt, erst diesen Fall zu erledigen und dann die Tarifverhandlungen weiterzuführen. Wir dagegen beharrten darauf, die schon 14 Tage dauernden Verhandlungen erst zu Ende zu führen.

Wahr ist ferner, daß am Freitag früh die Geschäftsleitung sich geweigert hat, mit dem Arbeiterausschuss und drei unparteiischen Kollegen festzustellen, ob der im „Vorwärts“ erschienene Bericht den Tatsachen entspricht. Das möge als Beweis dafür dienen, daß der Bericht wahr ist und die Wahrheit zu scheuen hat.

Wahr ist auch, daß das Protokoll von keinem Mitgliede des Arbeiterausschusses bisher eingesehen oder unterschrieben worden ist.

Unwahr ist, daß in einer Sitzung des Beamtenausschusses festgestellt worden ist, daß dieser sich nicht auf den Standpunkt der Arbeiterschaft stellt.

Wahr ist, daß die Beamten erklärt haben, daß sie gegenüber der Geschäftsleitung keinerlei Äußerungen über die Stellungnahme des Arbeiterausschusses getan haben.

Der Arbeiterausschuss der Firma Danneberg u. Quandt. Woddenberg. Pohl.

Wir brauchen gegenüber der Verichtigung nur auf das abgedruckte Protokoll zu verweisen. Die Herren Arbeitervertreter haben sich da so festgelegt, daß das nachträgliche Ansehen ihre Situation nur verschlechtert. Da man annehmen muß, daß die Herren Woddenberg, Kolahi und Konforten zu — so sagen wir — bescheiden sind, zu ihren Worten zu stehen.

Wir haben für die sehr unangenehme Situation, in die die „tabulaten“ Herren durch die Veröffentlichung des Protokolls geraten sind, volles Verständnis. Der wilde Streik, den sie wegen der Einstellung eines politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, der aber verhafter Rechtssozialist ist, vom Saun gebrochen haben, wird ihnen wohl noch öfter wenig Freude machen.

Linksradikale Agitationsmethoden.

Sie wollen absolut die Mehrheit des Volkes hinter sich bringen, unsere Unabhängigen. Auf dem Wege der Demokratie gelingt es ihnen nicht. Darum versuchen sie es mit anderen Mitteln. Terror und Lüge sind ihre vornehmsten Waffen. In unserem Bremer Arbeiterblatt berichtet ein Arbeiter der „Defer A.-G.“ über einen besonders besorgniserregenden Fall. Er wurde von etwa zehn Mann in der Werkstatt so geschlagen, daß er bewußtlos wurde. Als er wieder zu sich kam, hörte er die Umstehenden sich in der „kameradschaftlichsten“ Weise äußern: „In die Defer mit ihm!“ „Berreden muß das Kack!“ so schrieerte es durcheinander. Als jemand darauf aufmerksam machte, daß er ja verblute, antwortete ein anderer: „Das soll der Hund ja auch!“ Auf eine Frage des Gebeinigten, warum das alles sei, bekam er die Antwort: „Das kommt von der Stadtmehr.“ Auf seinem Heimwege gab ihm „Kollegen“, die auf dem Hofe arbeiteten, durch Rufe: „Der Hund lebt ja noch! Den Hund hätten Ihr totschlagen müssen!“ das Geleite. Der Arzt stellte dem Wühhandelnden folgendes Attest aus:

Körperlich erkennbar sind folgende Verletzungen: linke Kopfschläge: 8-10 Zentimeter lange, 1/2-1 Zentimeter breite schlafende Hautwunde, verschiedene kleine Hautabschürfungen. Rechte Kopfschläge: Mehrere 6-8 Zentimeter lange Hautabschürfungen (Kratzwunden). Im Gesicht: Vor der Stirn, unter den Augen, an den Waden sowie am Kinn Hautabschürfungen (Kratz- oder Schlagwunden). Die Nase am oberen Ende stark geschwollen und blutunterlaufen, am unteren Ende ebenfalls blutunterlaufen und mäßig geschwollen.

Ob der Geschuldene sich nun zu den unabhängigen Lehren bekennen wird? Wir vermuten, daß die Agitationsmethode den Unabhängigen ebensowenig Freude werden wird wie die Wühhandelungen, die sie fortgesetzt unserem kranken Volkstörper zufügen.

Politische Märchen.

Mach, noch ehe das baltische Abenteuer zu Ende geht, verhafte die unabhängige Presse, es zu ihrer Sensationshege auszuschlachten. Also meldet sie, die baltischen Truppen würden eine Erhebung in ganz Ostdeutschland ins Werk setzen und im Zusammenwirken mit der Reichswehr und mit den Einwohnern der Republik stürzen. Schon hänge in jeder Bauernstube Jords Wild.

Schauderhaft, höchst schauderhaft! Das Bild des Generals Nord, der 1812 im Bunde mit den Russen die Fahne der Vespandung gegen Napoleon entrollte, hängt in den ostpreussischen Bauernstuben zwar seit Jahrzehnten, aber man kann es trotzdem als neues Schreckgespenst an die Wand werfen. Die Märchen der „Freiheit“ über den demnächst erfolgenden großen gegenrevolutionären Putz fallen natürlich neue Gemaltens der Gegenrevolution von links verfallen. Aber die Unabhängigen schreien seit dem 9. November so regelmäßig über monarchische Verschwörungen, wenn sie selbst ein neues Märchen planen, daß man ihnen schon lange nicht mehr glaubt und ihr Spiel nun wohl bald in allen Arbeiterkreisen durchschaut.

Zur Kritik der freien Wirtschaft. Unter diesem Titel hat Genosse Alfred Striemer im Vorwärtsüberlage eine Broschüre herausgebracht, in der er „eine ungeheuerliche Vergehung des Sozialismus“ verurteilt. Das Schicksal hält sich drei von Ueber-schwenglichkeit und vom Lanne des Schlagwortes, kühl und nüchtern werden die Voraussetzungen für die Sozialisierung erörtert. Soll der Sozialismus „nicht ein Kartenhaus“ werden, so muß er organisch aufgedaut, aus unserer Wirtschaftsgewinnart systematisch herausgelöst werden. Gerade jetzt, wo den Arbeitern von untreuen Köpfen die größten Lockheiten über den Sozialismus vorgelesen werden, ist die Striemersche Schrift besonders wohl. Sie ist eine sehr nützliche und gewinnbringende Lesart. Deshalb empfehlen wir sie unseren Lesern.

Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe.

In der gestrigen Nacht besuchten Versammlung der Angestellten des Zeitungsgewerbes im Schultheiß, Hofenstraße, berichtete Dr. Pfermann über den Stand der Tarifverhandlungen. Der Tarifvertrag der freien Gewerkschaften sah gleiche Gehälter für männliche und weibliche Angestellte vor. Die Unternehmer behaupten aber auf besonders Gehälter für männliche und weibliche Angestellte. Bezüglich des Mitbestimmungsrechtes haben sie erhebliche Einschränkungen gemacht. Die Wirtschaftsbetriebe ist so miserabel demotiert, daß in vielen Fällen die Angestellten noch etwas zurückzahlen müßten. Der Tarifvertrag soll keine rückwirkende Kraft haben, sondern erst am 1. Oktober in Kraft treten. Die Angestellten forderten die 48stündige Arbeitszeit, die Unternehmer bestanden darauf, daß die 48stündige beibehalten werden soll. Die Verlesung der den Unternehmern nach kundenlangen Verhandlungen abgerungenen Gehaltsätze erregte fürmliche Unterbrechung und entrüstete Zwischenrufe. Die Unternehmer erklärten, bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen zu sein. In der äußeren lebhaften Debatte kam allseitig zum Ausdruck, daß die zugesagten Gehaltsätze unter keinen Umständen annehmbar seien. Es wurden zwei Resolutionen vorgelegt. Die eine lautet: Die Angestellten erklären, bis von den Unternehmern zugesandten Gehaltsätze als eine Provokation; sie lehnen den Tarifentwurf der Unternehmer ab und versprechen heute, Sonnabend, früh um 8 Uhr, die Betriebe nicht mehr zu betreten.

Die andere Resolution will noch vor dem Schlichtungsausschuss weiter verhandeln. Ueber die Resolutionen ist bei Eingang des Berichtes noch nicht abgestimmt.

Deutsche Nationalversammlung.

90. Sitzung, Freitag, den 3. Oktober 1919.

Am Regierungstisch: Erzberger, Sell. Eingegangen ist eine Vorlage zur Abänderung des Branntweinmonopols.

Es folgen einige kleine Anfragen.

Abg. Dr. Nieber (D. Sp.) weist darauf hin, daß der frühere Ministerpräsident Scheidemann in Cassel erklärt habe, er habe an der Ablehnung des Friedensvertrages festgehalten, weil er auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Ausland gehofft habe, daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrages herbeizuführen. Der Antragsteller bittet um Auskunft über diese Berichte.

Geheimer Legationsrat v. Kelle: Aus Zeitungsbereichten geht hervor, daß Herr Scheidemann sich auf Mitteilungen bezog, die er in einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung gemacht hat. Die Reichsregierung weiß nicht, worauf Herr Scheidemann in jener Fraktionsitzung seine Äußerungen stütze.

Abg. Dr. Nieber (D. Sp.): Ist der Regierung nicht bekannt, daß Herr Scheidemann seine Äußerungen auf die Berichte deutscher Gesandter stützt?

Geheimer Legationsrat v. Kelle: Ich nehme an, daß der Minister der Auswärtigen, der leider demnächst verhindert ist, im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nähere Auskunft geben wird.

Die Einfuhrzölle in Gold.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Dr. Heine (D. Sp.) betr. Rahlung der Einfuhrzölle in Gold.

Reichsfinanzminister Erzberger: Es schweben Verhandlungen mit den Alliierten, um das Deutsche Reich in Anwendung zu bringen. Die Verhandlungen werden in Kürze aufgenommen werden. Vor ihrem Abschluß ist es unmöglich, eine Erklärung abzugeben.

Arbeitsentgelt und Militärversorgung.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes, wonach Militär-versorgungsgebühren auf das Arbeitsentgelt nicht angerechnet werden dürfen, wird fortgesetzt.

Abg. Korten (U. Sp.): Das Gesetz beweist, daß es mit dem Dank des Vaterlandes nicht weit her ist. Die Beamten müssen genau so zu ihrem Recht kommen wie die übrigen Arbeitsbedingten.

Die Vorlage wird dem Ausschuss überwiesen.

Wohnungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Bachhorst de Wente (Dem.) betr. Vermittlung weiterer Mittel zur Errichtung von Kleinwohnungen.

Abg. Bachhorst de Wente (Dem.) begründet die Interpellation.

Arbeitsminister Schlichte:

Die Regierung ist bestrebt, auf dem Gebiete der Wohnungsfrage alles zu tun, was zu tun in ihren Kräften steht. Sie hat die Bauförderungszuschüsse von 500 Millionen Mark um 100 Millionen Mark erhöht, aber auch dieser Betrag reicht nicht aus, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Dieser Weg kann schon aus Mangel an Mitteln nicht zum Ziele führen. Der besonders großen Wohnungsnot in den besetzten Gebieten

ist sich die Regierung bemüht und wird zur Abstellung dieser Mängel selbstständig vorgehen. Die Wohnungsfrage ist in den Großstädten am dringendsten. Der Bau von Gebäuden soll ganz wesentlich gefördert werden. Doch auch dadurch wird leider keine durchgreifende Abhilfe geschaffen werden können.

Abg. Wölter (Soz.): Die Verhältnisse sind unhaltbar. Staat und Reich müssen helfen. Nach unseren Informationen ist von dem bewilligten Geld nichts mehr vorhanden. Private sind heute nicht mehr in der Lage zu bauen, sondern nur größere Verbände, die vom Staat und von den Behörden Zuschüsse erhalten. Doch auch diesen fällt es heute schon schwer, zu bauen, weil das Material fehlt. Holzbauten gehen am schnellsten. Allerdings nur für kleine Wohnungen, am besten in Vororten. Es müssen Rustebauten ausgeführt werden. Mit den bisher zur Verfügung gestellten Summen kann der Wohnungsnot nicht abgeholfen werden.

Es sprechen noch Abg. Schirmer (Z.) und Abg. Wismar (Nat.), worauf der Reichskommissar für das Wohnungswesen Unterstaatssekretär Schmidt darlegt, die Verhandlungen mit dem Finanzministerium haben sich immer so verzögert, daß es nicht gelungen ist, schnell neue Mittel bereitzustellen.

Zugbauten sind verboten.

Wenn trotzdem z. B. Kinobauten ausgeführt werden, so liegt entweder eine Veräußerung des Bezirkswohnungskomm. Lats vor oder eine Uebersetzung des Verwehs. Es ist daher in Aussicht genommen, auf derartige Uebersetzungen eine außerordentlich hohe Strafe zu setzen. Die Kinobauten wird noch größer werden, da der Industrie künftig 50 Proz. weniger Klobien zur Verfügung gestellt werden. Um so mehr muß mit Ergänzungsbauten gehandelt. Holzbauten stellen sich zu tract. Mit Holzbauten hat man bessere Erfahrungen gemacht. Auch über die nachdrücklich bewilligten 100 Millionen Mark ist bereits restlos verfügt worden. Auch ist die für die Ausbaltung von Weidstücken. (Weiß.)

Abg. Wente (U. Sp.): In erster Linie leidet die Arbeiterschaft unter der Wohnungsnot. Das gesamte Wohnungswesen muß sozialisiert werden. Die Gemeinden müssen allen Grund und Boden erwerben, eventuell gegen Entschädigung.

Es spricht noch Abg. Hertel (D. Sp.), wonach die Interpellation erledigt ist.

Sonnabend, 1 Uhr: Ergänzung zum Besoldungsetat. Berichte der Ausschüsse für Pensions- und Volkswirtschaft.

Schluss 5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Verschärfung des Metallarbeiterstreiks.

Die Hoffnung, daß durch das vermittelnde Eingreifen des Arbeitsministeriums eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern der Metallindustrie angebahnt werde, hat sich vorerst wenigstens zerschlagen. In der Verhandlung mit dem Reichsarbeitsminister Schlichte am Mittwoch war von dem Minister der Vorschlag gemacht worden, einen neuen Schlichtungsausschuss einzusetzen, der dann endgültig den Streikfall zu schlichten habe.

Am Freitag ging von der Berliner Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes dem Reichsarbeitsminister auf seinen Vorschlag folgende Antwort zu:

Auf den Vorschlag des Herrn Reichsarbeitsministers in der Verhandlung vom Mittwoch, den 1. Oktober, einen neuen Schlichtungsausschuss einzusetzen, bestehend aus je drei Parteimitgliedern und einem im Einvernehmen mit beiden Parteien vom Arbeitsminister zu bestimmenden Vorsitzenden, haben das Metallarbeitsministerium, die Fünfzehner-Kommission sowie sämtliche Obleute der streikenden Betriebe Stellung genommen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß es unmöglich sei, sich bedingungslos im voraus einem Schlichtungsausschuss zu unterwerfen. Große Schwierigkeiten würden sich ergeben bei der Verständigung auf einen unparteilichen Vorsitzenden. Einstimmig, von der Voraussetzung ausgehend, daß die Verhandlungen schneller erledigt werden und eine Verständigung besser möglich ist, wird folgender Vorschlag dem Herrn Reichsarbeitsminister zur gefälligen Kenntnisnahme unterbreitet. Vertreter der Herren Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer jeder einzelnen Gruppe setzen sich an den Verhandlungstisch und einigen sich über die festzusetzenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Gruppe.

Wir sind sofort bereit, die dazu notwendigen Herren zur Verfügung zu stellen.

Wie wir erfahren, ist der in dem Briefe gemachte Vorschlag von den Arbeitnehmern bereits in der Sitzung am 1. Oktober gemacht worden, von den Arbeitgebern aber nach den bisherigen Erfahrungen als undurchführbar erklärt worden. Die jetzige Antwort der Organisationsleitung ist vom Arbeitsminister den Arbeitgebern zur Stellungnahme übermittelt worden.

Das Antwortschreiben macht die Situation wirklich nicht klarer. Es ist aus ihm nicht einmal ersichtlich, auf welcher Grundlage die von der Streikleitung vorgeschlagenen Gruppenverhandlungen vor sich gehen sollen. Erkennt der Metallarbeiterverband den unter Mitwirkung Richard Müllers zustande gekommenen Schiedsspruch vom 21. August überhaupt noch an? Bisher nämlich war dieser, auch von der Berliner Generalversammlung der Metallarbeiter akzeptierte Schiedsspruch die Verhandlungsgrundlage. Die Differenzen entstanden ja erst bei der späteren Eingruppierung der Arbeiter in die einzelnen Lohnklassen.

Offenbar scheint die Streikleitung den Schiedsspruch als nicht mehr bindend anzusehen, denn in einer Mitteilung der Fünfzehner-Kommission an die Presse heißt es über die Sitzung vom 1. Oktober:

In der Sitzung am Mittwoch, den 1. Oktober, wurde vom Reichsarbeitsminister der Vorschlag gemacht, die Parteien sollen sich einem Schiedsgericht, bestehend aus je drei Parteimitgliedern und einem Vorsitzenden, auf den sich die Parteien zu einigen hätten, unterwerfen und vorher erklären, daß sie sich unter allen Umständen den Sprüchen des Schiedsgerichts fügen werden. Die Arbeitgebervertreter stimmten dem Vorschlag zu, die Arbeitnehmervertreter erklärten dazu, die Antwort werde von der Fünfzehnerkommission bis Freitagmittag erteilt werden. Sie können jedoch den Vorschlag des Herrn Arbeitsministers nur unter folgenden Voraussetzungen zur Annahme empfehlen:

1. Das Schiedsgericht müsse die ganze Streitsache neu aufrollen, so daß es möglich sei, den Spruch vom 1. August 1919 zu ergänzen, um die Ungerechtigkeiten, die dieser Spruch für Transportarbeiter enthält, zu beseitigen;
2. müsse die Gewähr gegeben werden, daß für alle Arbeitnehmer, deren Entlohnung zurzeit unter 3,30 M. erfolge, eine Erhöhung des Lohnsatzes erfolge;
3. müsse bei denjenigen Industriegruppen, die jetzt schon einbezüglich entlohnt werden, diese Einbezüglichkeit der Entlohnung beibehalten werden, d. h. Verschlechterungen dürfen nicht eintreten.

Auf gut Deutsch ausgedrückt, befragt diese gewünschte Ergänzung: Wir ziehen unsere früher gegebene Zustimmung zu dem Schiedsspruch vom 21. August zurück und stellen neue, darüber hinausgehende Lohnforderungen. Daß dadurch an eine baldige Beilegung des großen Konflikts in der Berliner Metallindustrie nicht zu denken sein wird, ist wohl jedem Einsichtigen klar.

Wir wollen nur hoffen, daß sich die Streikleitung mit der Ergänzung der Forderungen über die Möglichkeiten, den Kampf für die Arbeiter erfolgreich durchzuführen zu können, nicht läßt, und daß der Streik bald zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß führt!

Die Fünfzehnerkommission gibt über die Streiklage folgenden Bericht: Eine wesentliche Verschärfung des Kampfes ist durch die weiteren Maßnahmen der Regierung eingetreten. In Oberschöneweide hat man 1000 Mann aus Oberschlesien ankommen lassen. Das A.-E.-G.-Kabelwerk ist von Militärposten bewacht. Die Besätze trifft weiter ihre Maßnahmen zugunsten des Kapitalismus. Branchen- und Betriebsversammlungen sind durch Militär auseinandergejagt worden. Stempelstellen für die Streikenden sind durch Militär geschlossen. Die Fünfzehnerkommission hat eine Delegation zur Berliner Gewerkschaftskommission entsandt, um mit dieser gemeinsam Schritte zu beraten, die notwendig sind, um behördlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Diejenigen Betriebe, in denen die verhafteten Kollegen gearbeitet haben, haben beantragt, in Streik treten zu dürfen. Die Fünfzehnerkommission hat ihre Zustimmung gegeben. So tritt durch die behördlichen Maßnahmen eine wesentliche Verschärfung ein. Die Zahl der betroffenen Betriebe ist von 106 auf 210 gestiegen. Die Zahl der Streikenden hat sich um 4200 erhöht.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend hat beschlossen, die im Kampf stehenden und ausgesperrten Metallarbeiter materiell zu unterstützen und hat für die nicht direkt am Kampf beteiligten Gewerkschaften Karlen zu je 1 M. herausgegeben.

Diese Karlen sind für die Vertrauensleute der Gewerkschaften von ihren Gewerkschaften zu entnehmen und mit diesen so schnell wie möglich abzurechnen.

Gelder, die von anderen, nicht hier angeführten Personen gesammelt werden, sind an

Alwin Körten, Engelauer 15,

abzugeben.

Die Abrechnung für diese Gelder erfolgt öffentlich.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Streiktreiber bei den St. E. W.

Unter den Arbeitern der Städtischen Elektrizitätswerke machen sich zurzeit lebhaftere Bestrebungen bemerkbar, die Arbeiter in einen gewissen Sympathiestreik für die Metallarbeiter zu treiben. Erst vorgestern, gelegentlich der 30. Versammlung des Metallarbeiterverbandes, war durch eine geheime Abstimmung über einen einseitigen Sympathiestreik von den Arbeitern dokumentiert worden, daß sie für einen solchen Streik nicht zu haben seien. Das Resultat der Abstimmung in den einzelnen Zentren und Unterstationen ist folgendes:

	Für den Streik	Gegen den Streik
Schiffbauerdamm	59	233
Spandauer Straße	2	26
Alte Jakobstraße	8	8
Obersee	22	196
Rummelsburg	25	150
Noahit	178	155
Königin-Augusta-Straße	—	18

Gestern Freitagmorgen war plötzlich ohne irgendwelche Tagesordnung nach Jesh Sälen in der Brunnenstraße eine Vollversammlung der Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke einberufen worden. In der von etwa 500 Personen besuchten Versammlung wurde zunächst ein Bericht über die Tarifverhandlungen der Arbeiter mit dem Magistrat gegeben. Es wurde dabei erklärt, daß die Verhandlungen sich zerbrochen hätten. In Wahrheit tritt aber nach dem Tarifvertrage der Zentralausschuss als Einigungsamt in Funktion, wenn eine Einigung nicht zu erzielen ist. Das geschieht auch diesmal. Zu Mittwoch nächster Woche ist eine Sitzung des Zentralausschusses vorgesehen. Sonderbarerweise waren mehrere Vertreter der Metallarbeiter am Vorstandstisch zugegen. Vom unabhängigen Vollzugsrat sprach in der Diskussion Wegmann, von der Fünfzehnerkommission Genosse Witolla. Nach lebhafter Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die dahin geht, daß, wenn nicht bis zum Mittwoch 12 Uhr der Zentralausschuss in Verhandlungen über die verlangten Lohnforderungen eingetreten ist, die Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke die Konsequenzen daraus ziehen würden und die Arbeit niederlegen. Diese Resolution wurde mit etwa zwei Drittel der anwesenden Stimmen angenommen. Der Annahme voraus ging noch ein Protest des Genossen Kammermeier, der dagegen protestierte, daß die Vollversammlung nicht berechtigt sei, Beschlüsse von solcher Tragweite zu fassen, denn sie sei zu kurzfristig und ohne Bekanntheit der Tagesordnung veranstaltet worden.

Wie die große Mehrzahl der Arbeiterschaft der Städtischen Elektrizitätswerke, von der noch nicht ein Drittel amwesend war, zurzeit über Streik denkt, ist ja aus der eingangs wiedergegebenen Statistik der Abstimmung zu ersehen. Interessant war das Verhalten des Obmannes des Arbeiterrats Syll gegenüber der erhabenen Forderung nach geheimer Abstimmung. Er erklärte, daß er, wenn wir nicht zu einem günstigen Resultat kämen, sich an die Kollegen in Hiltterfeld und Oberschlesien wenden würde; diese würden ohne geheime Abstimmung in den Streik treten.

Die Lohnbewegung im Berliner Brauergewerbe.

Die Vertrauensleute der tarifabschließenden Organisation des Brauergewerbes Groß-Berlins nahmen am 1. Oktober den Bericht der Verhandlungskommission wegen Erlangung einer Wirtschaftshilfe und Erhöhung der Feuerungszulage entgegen. Nach dem Bericht des ersten Bevollmächtigten des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes erklärten die Unternehmer in der Verhandlung, daß sie wegen der Schwierigkeiten im Gewerbe mit den maßgebenden Regierungsstellen in Verhandlungen ständen. Diese dürften in längstens 14 Tagen abgeschlossen sein. Die Unternehmer ersuchten, ihnen bis zum Ablauf der Verhandlungen mit der Regierung Zeit zu lassen, da von dem Ergebnis die weiteren Verhandlungen mit der Arbeiterschaft abhängig sind. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde ein Antrag, den Unternehmern ein Ultimatum von 48 Stunden zur restlosen Erfüllung der Forderung zu stellen, gegen eine große Widerheit abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Dr. Mann, die Unternehmer aufzufordern, sofort wieder in Verhandlungen zu treten, mit großer Majorität angenommen.

Zur Lohnbewegung der Berliner Molkutscher.

Uns wird geschrieben: Nachdem im April mit der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer ein Abkommen vereinbart wurde, daß am 1. Oktober ein Zweifelhens-System bei achtstündiger Arbeitszeit eingeführt werden sollte, stellt sich die Wirtschaftsgenossenschaft jetzt auf den Standpunkt, das gegebene Versprechen nicht halten zu brauchen.

Der Arbeiterausschuss gab sich jede erdenkliche Mühe, den Streit auf gutlichem Wege beizulegen, fand aber bei der Wirtschaftsgenossenschaft kein Entgegenkommen, so daß der Streitfall dem Schlichtungsausschuss übergeben wurde.

Das von der Direktion geforderte Arbeitspensum wurde von den Käufern und Schaffnern am 1. Oktober in zwei Jahren bewilligt. Trotzdem verlangt die Wirtschaftsgenossenschaft aus unbegreiflichen Gründen, daselbe Pensum in drei Jahren zu erledigen. Ein dreimaliges Fahren würde die achtstündige Arbeitszeit bei weitem überschreiten, was aber bei der schweren und äußerst schmutzigen Arbeit ein unbilliges Verlangen wäre.

Die Arbeitnehmer konnten infolge des geforderten dreifachen Pensums diesem Verlangen nicht entsprechen und sind deshalb von der Geschäftsleitung ausgesperrt.

Abschluß der Lohnbewegung im Böttchergerwerbe.

Die Böttcher Groß-Berlins hatten an die Unternehmer Lohnforderungen gestellt, die durch Verhandlungen auf folgender Basis

geregelt wurden: Der Stundenlohn wird auf 3,25 M. erhöht. Für Arbeiten an Bier- und Lagerfässern und Böttchen aus neuem oder altem Holz beträgt der Stundenlohn 3,50 M. Die Hilfsarbeiter an Maschinen erhalten 2,75 M., sonstige Hilfs- und Hilfsarbeiter 2,50 M. pro Stunde. Der Tarif läuft bis 31. Dezember 1919.

Achtung! Bauarbeiter!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, die im Streik befindlichen Metallarbeiter durch Sammlungen zu unterstützen. Das erforderliche Material für diese Sammlungen kann vom Montag, den 6. Oktober, ab durch die Baudeputierten im Bureau des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Engelauer 15, Zimmer 51, in Empfang genommen werden. Der Vereinsvorstand.

Die Branchenleitung der Einklassierer und Kassensboten bittet das auf Kredit laufende Publikum, seine Ratensparungen nur an Wochentagen zu leisten. Einmal wird dadurch den Einklassierern die Sonntagsruhe garantiert und zum andern verhindert, daß Beamte, die in fester Position sind, das Sonntagskassieren als Nebenberuf betreiben. Weiter weist die Branchenleitung darauf hin, daß die Verkäufer auf Ueberforderung der Ratensparungen durch Postfach drängen, um Einklassierer entlassen zu können. Die Branchenleitung bittet, dem Drängen im Interesse der Einklassierer nicht nachzugeben. Von Wichtigkeit ist es, bei den Ratensparungen die Legitimationskarte der Organisation zu verlangen.

Alle Kollegen der Firma H. Borfig, die sich noch nicht in den Reihen haben eintragen lassen oder die ihre Bücher bei den Vertrauensleuten schon vorher abgegeben haben, müssen dieselben abholen und sich sofort in den Listen eintragen lassen. Die Listen liegen bis heute (Sonntag) in den bekanntgegebenen Lokalen aus. Der Arbeiterrat.

Berichtszeitung.

Beschäftigtes Todesurteil. Das Reichsgericht verwarf am 30. September die Revision des Fabrikmeisters Ernst Gester, der vom Schwurgericht Eberfeld am 1. Juli zum Tode verurteilt worden ist, weil er in der Nacht zum 19. November 1918 zu Tode die den 16jährigen Gastwirtssohn Friedrich Mühlenmeister durch Zertrümmerung des Schädels ermordet hat.

Mordversuch an Soldaten der Reichswehr. Das Landgericht Düsseldorf hat am 16. Juni den Ruffmann Johann Vobis wegen Mordversuchs und verbotenen Waffensbesitzes zu einem Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Jungen haben bekundet, daß der Angeklagte gemeinsam mit einem nicht ermittelten Unbekannten auf die Regierungstruppen geschossen hat. Da der Angeklagte eine ganze Reihe von Schüssen aus einer Pistole abgegeben und auf die Soldaten gezielt hat, so war er sich bewußt, daß er Menschen töten könne. Mit Rücksicht auf seine Jugend wurden dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Die bei ihm vorgefundene Pistole hatte er nach Ablauf der für die Ablieferung der Waffen bestimmten Frist zurückgehalten; hierin bestand das zweite Delikt, dessen er für schuldig befunden worden ist, wofür das Gericht eine Einhaftstrafe von 4 Monaten aufgeworfen hat. Gegen das Urteil hatte der Vater des Angeklagten Revision eingelegt. Da eine Geseheverletzung nicht vorlag, erkannte das Reichsgericht auf Verwertung des Rechts mittels 3.

Die Ueberschreitung ihrer Befugnisse als Arbeiterräte haben dem Schloffer Hermann Schneider und dem Krankenkassenangehörten Paul Burghat eine Anklage wegen Gefangenenerbefreiung zugezogen. Beide gehören dem Arbeiterrat in Oberschöneweide an. Am 6. März war der Sohn eines dortigen Einwohners, der aus der Fürsorge entlassen sein sollte, auf Befehl des Landesdirektors festgenommen und wieder in die Fürsorge zurückgebracht worden. Der Vater verlangte die Herausgabe des Sohnes, was ihm verweigert wurde. Er wandte sich dann an den Arbeiterrat Schneider und dieser verlangte auch seinerseits die Freilassung des Jungen unter der Angabe, daß der Arbeiterrat gegen die ganze Fürsorgeziehung sei, welche reorganisiert werden müsse. Der Junge kam dann auch frei, weil der die Wache führende Beamte glaubte, der Arbeiterrat sei dazu befugt. Nachdem er über seinen Irrtum von seinem Vorgesetzten aufgeklärt war, wurde der Junge wieder festgenommen und auch nicht freigelassen, als Schneider abermals auf der Wache erschienen war und die Freilassung verlangt hatte. Später erließen Burghat auf der Wache und seine in seiner Eigenschaft als Deputierter für Jugendfürsorge die Freilassung durch, indem er dem widerstrebenden Beamten sagte: Mach doch keine Schwierigkeiten, ich habe mit Ihrem Vorgesetzten gesprochen; der Junge kann ruhig gehen. Dem Angeklagten wurde ferner vorgeworfen, einem auf der Wache wegen Ueberschreitung festgehaltenen Soldaten durch einen Hinweis auf das Vorhandensein einer gelegentlich zu benutzenden Bedürfnisanstalt den Gedanken zu der von diesen ausgeführten Flucht nahegelegt zu haben. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Schneider 6 Monate, gegen Burghat 9 Monate Gefängnis. Der Vorsitzende hielt die Sache für recht harmlos und die Motive, aus denen die Angeklagten gehandelt haben mögen, für keine schlechten. Sie haben aber überheißlich sich in Dinge gemischt, in die sie nicht hineinzureden hatten und sich damit der Gefangenenerbefreiung schuldig gemacht. Schneider wurde zu 3 Wochen, Burghat zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Eine „Räuberstube“ bildete die Grundlage einer Anklage wegen Anstiftung zur räuberischen Erpressung, welche das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der 28jährige Kaufmann Adolf Hinkel. Der bisher unbescholtene Angeklagte brachte in Erfahrung, daß ein in der Kaufmannsstraße wohnhafter Kaufmann R. Schiebergeschäfte mache. Unter dem Namen „Lieber“ rief er telephonisch bei diesem an und bot ihm mit dem Ersuchen, das Geld bereit zu halten, für 30 000 M. Kupferdraht an. Am nächsten Tage erschienen in der Wohnung des R. die bereits in dieser Sache abgeurteilten Soldaten Warwick, Erdmann und Drödel und der flüchtige Unteroffizier Weyer, alle vier schwer bewaffnet. Weyer verlas einen fingierten Befehl, und nachdem er dem R. Uhr, Brieftasche und Geldbörse abgenommen hatte, kommandierte er: „Laden und sichern“ und befahl zwei Soldaten, ihn abzuführen. Die beiden Soldaten führten R. in den Leipziger Park, wo sie ihn einfach stehen ließen. — Wie sich herausstellte, waren die vier Soldaten von dem jetzigen Angeklagten zu diesem Raubzuge angestiftet worden, der übrigens nicht das erhoffte Resultat hatte, da sich in der Brieftasche nur ganze 18 M. befanden. Dem Antrage des Justizrats Dr. Broh entsprechend, billigte die Geschworenen dem Angeklagten lediglich mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit noch einmal mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 7 Monate Gefängnis.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Formschönberg & Co., Berlin; Druck: Formschönberg & Co., Berlin; Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin; Einbinder: I. Oetzer, Berlin.

Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- und Tapeziermeister
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
In jeder Holz- und Stilkart zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ausserlesensten. Beschäftigung unserer umfangreichen Lager ist äußerst lohnend und erwünscht. Lieferung direkt ab Fabrikgebäude.